

FRANKREICH. „Wenn der Fußball tötet“ titelt die französische Sportzeitung *L'Equipe* am vorigen Wochenende. In seinem Leitartikel wird das Blatt, aber wesentlich präziser und treffender: „Ein Mann ist tot. Ein anderer ist schwer verletzt. Ein dritter wurde angegriffen, weil er schwarz und Polizist ist. Und ein vierter wäre beinahe misshandelt worden, weil er Fan eines israelischen Clubs ist.“ Die Boulevardzeitung *Le Parisien* schreibt dazu ihrerseits: „Der Cocktail aus Rassismus, Antisemitismus und Dummheit hat am Donnerstagabend einen Toten im Parc des Princes verursacht.“ Das wäre völlig richtig, wäre nicht die Ortsangabe irreführend.

Nicht in dem vorgenannten Fußballstadion, das an der Stadtgrenze zwischen Paris und dem eher mittelständisch geprägten Vorort Boulogne liegt, sondern draußen, unweit der in der Nähe gelegenen Métrostation Porte-de-Saint-Cloud spielten sich die Ereignisse ab. Jene Ereignisse, die von vielen Beobachtern jetzt als „Drama, das vorhersehbar war und irgendwann einmal kommen musste“, bezeichnet wird.

## Die Ereignisse am Donnerstagabend (23. November)

Folgendes ist am Abend des vorigen Donnerstag passiert: Um 20.45 Uhr wurde das Spiel zwischen dem hauptstädtischen Fußballverein Paris-Saint Germain (PSG) und den Gastspielern von Hapoël Tel Aviv angepfiffen. Es fand vor rund 22.800 Zuschauern statt, womit das Stadion des PSG, der ein Heimspiel führte, nicht voll war. Bereits im Vorfeld war klar, dass es zu Spannungen kommen könnte. Einerseits ist allgemein bekannt, dass rechtsradikale Gruppen sich seit etwa 1987 im Parc de Princes in den Fanblöcken festgesetzt haben und dort so präsent sind wie bei keinem anderen französischen Profiverein. Zum Anderen zeichnete sich ab, dass dieses Spiel von mehreren Seiten her als identitätspolitisch aufgeladen wahrgenommen wurde.

Im Stadion schälten sich drei Gruppen heraus. Auf der Südseite, in der Tribüne

## „Ein Cocktail aus Rassismus, Antisemitismus und Dummheit“

Boulogne, mit dem Rücken zum gleichnamigen Vorort, hatte ein Publikum aufgestellt bezogen, das zumindest teilweise von Rechtsradikalen beeinflusst schien und in dem Erkennungszeichen für „Bleu-Blanc-Rouge“ zu sehen waren. Dieser Ausdruck, der eigentlich nur die Farbkombination der französischen Nationalfahne – blau, weiß, rot – bezeichnet, ist seit den 80er Jahren durch die Anhänger des rechtsextremen Politikers Jean-Marie Le Pen zum Synonym für „nicht farbige Franzosen“ gemacht worden. Auf der anderen Seite, in den Reihen der Tribüne Auteil, mit dem Rücken zum gleichnamigen Nobelstadtteil im 16. Pariser Bezirk, fand sich ein Publikum ein, das sich eher als „Black-Blanc-Beur“ profiliert. Also als eine Mischung aus „weiß, arabischstämmig, schwarz“. Die Fans des israelischen Vereins Hapoël, von denen rund 1.500 aus Tel Aviv angereist waren, sollten ursprünglich eine eigene Tribüne in der Mitte erhalten.

Da das Stadion aber nicht ausverkauft war, konnten sie zusätzliche Kontingente aus Eintrittskarten erwerben, so dass Fans mit israelischen Flaggen über das halbe Stadion verstreut saßen, zumal sich ihnen viele französische Juden zugesellt hatten. Im Laufe des Spiels wurden auf

Seiten der Tribüne Auteil dann auch libanesishe und palästinensische Flaggen gehisst. Aus dem Block der Hapoël-Fans wurden Wurfgegenstände in Richtung der Nordtribüne geworfen, die Ordnerdienste des Stadions griffen ein und konnten für Ruhe sorgen. Um auf sich aufmerksam zu machen und die beiden anderen Gruppen zu übertönen, fingen die Zuschauer in der Südtribüne – Tendenz „blau-weiß-rot“ – an, die Marseillaise in Überlautstärke zu schmettern. Die Ordnerdienste mussten mehrfach wegen Zeigens des Hitlergrußes einschreiten.

Im Laufe des Spiels wuchs die Frustration und Aggressivität in den Reihen der PSG-Fans an, da der Pariser Verein sich einmal mehr als unfähig erwies, sportliche Glanzleistungen zu zeigen. Die Vereinspolitik des Paris-Saint Germain ist seit einigen Monaten heftiger Kritik seitens seiner eigenen Anhänger ausgesetzt. Der PSG hat im März dieses Jahres den Besitzer gewechselt und wurde vom Fernsehsender Canal +, dem er seit 15 Jahren gehörte, an die französisch-amerikanischen Investmentfonds Walter Butler sowie Colony Capital und an die britische Geschäftsbank Morgan Stanley verkauft.

*weiter auf Seite 2*

**Am 16./17.11. tagten die Innenminister, um u.a. auch über das Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge zu entscheiden. Hier ein Bild vom Protest vor der Konferenz. Stellungnahmen zu dem Beschluss der Innenminister ab Seite 11, Auszüge aus dem Beschluss sind auf Seite 15 dokumentiert.**



**Foto: indymedia**

### Aus dem Inhalt:

**Gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien im Europaparlament? . . . . . 8**

Gleichzeitig hat der PGS-Trainer Guy Lacombe seit einiger Zeit damit begonnen, massiv sehr junge Spieler direkt von den Ausbildungszentren weg einzusetzen, darunter 18- und 19-jährige wie Clément Chatôme und Boukari Dramé. Bisher haben einige von ihnen nicht wirklich das Niveau von Profispielern erreicht. Der Verein – derzeit Nummer 14 in der Tabelle der ersten Liga – macht seit längerem keinen guten Eindruck. Trotz des drittgrößten Vereinsbudgets in Frankreich nach Olympique de Marseille (OM) und Olympique de Lyon, mit 70 Millionen Euro, kommt er nicht vom Fleck. Seine Fans werden allmählich wütend, und viele werfen ihrem Trainer und dem Vorstand vor, nur deshalb besonders junge Spieler einzukaufen, weil diese erheblich billiger seien als erfahrene Profis. Trainer Lacombe beruft sich darauf, eine bewusste Politik der Verjüngung als „Vorbereitung für die Zukunft“ zu verfolgen. Das wird ihm aber immer weniger geglaubt, zumal seine Rechtfertigungsversuche nach verlorenen Auswärtsspielen – der Gegner habe sich so defensiv gezeigt, dass kein lebendiges Spiel zustande gekommen sei – reichlich fadenscheinig klangen.

Am Donnerstag verlor der PSG denn auch gegen Hapoël Tel Aviv, einen Verein, der nicht zu den stärksten gerechnet wird. Daraufhin kam Bewegung in die Menge. Viele Fans setzen sich in Bewegung, nach ersten Bekundungen zunächst, um Vereinslokale zu zertrümmern oder um von ihren Spielern Rechenschaft einzufordern. Im Stadion, wo mit 600 Ordnern so viele eingesetzt waren wie bei den besonders „heißen“ Spielen gegen Marseille, konnten die Dinge jedoch schnell unter Kontrolle gebracht werden. Nicht so draußen vor der Tür.

### **Lynchmob bereit zum Pogrom**

Draußen rotteten sich mehrere hundert aufgebrachte Personen zusammen, deren Absichten durchaus auf den Begriff „Pogrom“ gebracht werden können. Mehrere Augenzeugen berichteten in den letzten Tagen, Rufe wie „Wo sind die Juden?“ gehört zu haben. Vier junge Unterstützer von Hapoël wurden mit feindseligen Rufen, antisemitischen Beschimpfungen und Schlägen traktiert. Daraufhin beschlossen die vier, sich zu trennen. Doch der 23-jährige Yanniv Hazout, französischer Jude aus der Pariser Vorstadt Sarcelles, hatte eine Meute von rund 150 Personen auf den Fersen. Möglicherweise war ein Teil davon aufgrund von Schaulust und Gruppendynamik mitgezogen worden, aber unter den 150 Leuten befanden sich nach polizeilichen Analysen mindestens 20 aktive Gewalttäter, andere Berichte sprechen von einem „größeren Kern von Faschisten“. Doch dem jungen Yanniv kam ein Poli-

zist in Zivil zu Hilfe, der sich allein in der Nähe seines Wagens befand.

Der 32-jährige Antoine Granomort ist ein schwarzer Franzose, der von den Antillen, also aus einem französischen „Überseebezirk“ stammt. Er wies den bedrohten jungen Mann an, hinter seinem Rücken zu bleiben. Man hat sich im Nachhinein gefragt, wie es passieren konnte, dass der Zivilbeamte völlig allein der Meute gegenüber stand. Das Rätsel lässt sich insofern aufklären, als der junge Beamte gar nicht zur Aufsicht über die Fußballfans eingesetzt, die an dieser Stelle zur nahe gelegenen Endstation der Métro strömten – sondern auf seine Kollegen wartete, die zu einer Kontrolle in die Untergrundbahn gegangen waren. Er war der Fahrer des gemeinsamen Wagens. Gleichzeitig scheint die Polizei ansonsten aber die, von vielen erwarteten, Probleme im Zusammenhang mit dem Spiel auf die leichte Schulter genommen zu haben. Sie hatte 700 Beamte zur Aufsicht über die Zuschauermenge im Einsatz, während sie bei als „heiß“ geltenden Spielen zwischen PSG und OM oft bis zu 2.200 Mann abstellt.

Angesichts der massiven Bedrohung des jungen Yanniv wollte der Polizist in Zivil, obwohl er nicht für das Spiel eingesetzt war, nicht untätig bleiben. Dass es ein Schwarzer war, der ihn schützte, steigerte die Wut der Meute, aus der heraus Rufe erschallten: „Dreckiger Neger, dreckiger Jude!“ Andere Fans ließen afenartige Rufe ertönen, wie häufig auf den Spielfeldern, wenn ein schwarzer Spieler den Ball hat.

Was danach passierte, ist noch nicht genau geklärt, insbesondere die Frage, ob die Angreifer wussten, dass Granomort Polizist war. Dieser setzte zunächst Tränengasspray ein, um die Angreifer abzuwehren. Das konnte den Lynchmob jedoch nicht abhalten. Darauf stürzte er und gab, um sich zu befreien, einen einzigen Schuss aus seiner Dienstwaffe ab – der den 25-jährigen Julien Quemener tödlich traf. Die Kugel traf aber auch noch einen hinter ihm stehenden Fan, den 25-jährigen Franzosen marokkanischer Herkunft, Mounir D., der in die Lunge getroffen wurde, dessen Leben aber nicht bedroht ist. Seine Rolle ist nicht genau geklärt. Er gehörte dem Fanclub Kop Boulogne an, in dem auch viele rechte Schläger Mitglied sind und der auf der Südröhre auftritt; innerhalb des Kop gehört er allerdings nicht den so genannten „Unabhängigen“ an, wo sich die Rechtsradikalen massieren, sondern dem weniger politisch vorbelasteten Zusammenschluss „Gavroches“ (Gavroche ist eine Figur aus Victor Hugos Roman „Die Elenden“, und symbolisiert einen Unterschichtsjungen). Was den getöteten Julien Quemener betrifft, so bleibt hingegen wenig Platz für Zweifel. Er zählte zu den so genannten „Unabhängigen“ und

war bereits wegen Waffenbesitzes (2002), wegen des Einschmuggelns von Rauchbomben ins Stadion und zusätzlich wegen des Anzündens von Autos (so *L'Equipe*) vorbestraft.

Antoine Granomort flüchtete sich daraufhin in die Toiletten eines nahe gelegenen McDonalds, während sein Schützling entkommen konnte. Der Lynchmob verfolgte ihn und schlug die Türen und Fenster des Fastfoods-Restaurants ein, um seiner habhaft zu werden, zerstreute sich jedoch rasch, als die Verstärkung der Polizei – die der bedrohte Beamte nun endlich auf seinem Funkgerät herbeirufen konnte – eintraf und Tränengas einsetzte. Ein benachbarter Tabakladen hatte zugleich junge Fans von Hapoël Tel Aviv verstecken können, daraufhin jedoch sofort Türen und Fenster verschlossen.

### **Erste Konsequenzen**

Am Freitag wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Antoine Granomort wegen Schusswaffeneinsatzes eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft Paris bezeichnete es jedoch als sehr wahrscheinlich, dass sein Handeln durch Notwehr gerechtfertigt sei. Dies hat sich inzwischen bestätigt und der zunächst festgenommene Granomort wurde inzwischen aus der Haft entlassen.

12 Fans des PSG wurden ebenfalls am Freitag in Polizeigewahrsam genommen, wegen rassistischer und antisemitischer Schmähungen oder aufgrund des Zeigens des Hitlergrüßes. In der Politik wurden die Töne lauter, die eine strikte Kontrolle des PSG über seine Fans und eine endlich zu erfolgende, klare Trennung von den Rechtsradikalen forderten. Der konservative Abgeordnete Alain Marsaud forderte gar die Auflösung des Vereins.

Der rechtsextreme Front National (FN) seinerseits drohte damit, gegen jeden Strafanzeige zu erstatten, der ihn mit den Ereignissen in Zusammenhang bringe. Aber einige der an den Ausschreitungen Beteiligten hatten auch „Le Pen, Präsident!“ gerufen.

Am Samstag vormittag empfing Innenminister Nicolas Sarkozy an seinem Amtssitz mehrere Fanclubs des PSG. Dies rief im Vorfeld heftige Kritik bei Sozialdemokraten und Grünen hervor, die am Freitag Nachmittag im Parlament erklärten, Sarkozy empfangen jene, die für die Äußerungen rechtsextremer Gesinnung die Verantwortung trügen. Aus den Reihen der Parlamentsopposition wurde eher die Auflösung bestimmter Fanclubs gefordert, ebenso wie vom konservativ-liberalen Abgeordneten Claude Gosselin. So weit wollte der Innenminister noch nicht gehen. Er setzte die Fanclubs und den Verein aber unter Druck und forderte von ihnen wirksame Maßnahmen gegen die Gewalt. →

## Proteste in Seelow und Halbe ein Erfolg

BRANDENBURG. Bis zu 8000 Bürger protestierten in Halbe gegen einen Nazi-aufmarsch, der dort in diesem Jahr allerdings nicht stattfinden durfte. Insgesamt gut 1000 Menschen beteiligten sich an den Protesten in Seelow, wohin die Neonazisten deshalb kurzfristig auswichen.

Die Schlacht um die Seelower Höhen war eine der heftigsten Gefechte im zweiten Weltkrieg. Berlin war in greifbarer Nähe, die Überquerung der Oder/Neiße-Linie Auftakt zum letzten Akt des Weltkrieges in Europa. Obgleich der Ausgang schon längst entschieden war, kämpfte das deutsche Militär mit aller Verbissenheit um die Reichshauptstadt. Ebenso wie im Kessel von Halbe soll sich hier nach Meinung der Nazis das deutsche Heldentum in all seiner Pracht gezeigt haben.

Der Treffpunkt der Nazis lag eingekesselt zwischen zwei Bühnen. Die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“ hatte ab 10.00 Uhr zu einer Kundgebung aufgerufen. DJ's und Skabands sorgten für Unterhaltung, eine Volksküche für das körperliche Wohl, Redebeiträge erinnerten an den Anlass. Die Gemeinde Seelow rief ebenfalls zu einer Kundgebung auf.

Trotz der geringen Vorbereitungszeit in Seelow gelang es, ein beachtliches Repertoire an Gegenmaßnahmen zu organisieren. Das Ortseingangsschild begrüßte die Nazis mit dem Wunsch nach einer Nazifreien Stadt, in der Stadt verteilt gab es viele Transparente.

Das Berlin-Brandenburger Bündnis „NS-Verherrlichung stoppen!“ wertet als Anmelder der Antifa-Kundgebung den Tag in Seelow und die Proteste gegen das nationalsozialistische „Heldengedenken“ als Erfolg. Jan Soost, ein Sprecher des Bündnisses: „Es war toll, dass so viele AntifaschistInnen – auch aus anderen Städten und Bundesländern – dem Ruf nach Seelow gefolgt sind. Besonders haben wir uns über die Kooperation mit der Seelower Kundgebung gefreut und dan-



ken den Seelower Bürgerinnen und Bürgern für ihre Unterstützung.“

Die Nazis konnten ihre Anfangs- und Schlusskundgebung nur unter für sie deutlich hörbarem Protest abhalten.

Für den März rufen sie auf ihren Webseiten bereits zum nächsten „Heldengedenken“ nach Halbe auf. Jan Soost: „Wir werden auch dort präsent sein und dafür sorgen, dass ihre Veranstaltung als das wahrgenommen wird, was sie ist: ein Nazi-Wanderzirkus, der versucht, die Geschichte umzulügen.“

*Quellen: PM des Berlin-Brandenburger Bündnisses „NS-Verherrlichung stoppen!“, indymedia 20.11.06 ■*

Das Berlin-Brandenburger Bündnis ist Teil der bundesweiten Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“. Weitere Informationen zum Bündnis: [www.redhalbe.de.vu](http://www.redhalbe.de.vu) – Infos zur bundesweiten Kampagne: [www.ns-verherrlichung-stoppen.tk](http://www.ns-verherrlichung-stoppen.tk)

## „Heldengedenken“ in NRW

NRW. Nachdem bereits am 29. Oktober mehr als 40 Neonazis – darunter NPDler, DVUler und Gruppen aus dem Dunstkreis der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) – aus mehreren Städten des Niederrheins im Örtchen Vossenack in der Eifel eine Kranzniederlegung auf dem Friedhof der „Windhund-Division“ durchgeführt hatten, haben auch am

„Volkstrauertag“ selbst „Heldengedenken“ von Neonazis in Nordrhein-Westfalen stattgefunden. In Mönchengladbach versammelten sich – nach eigenen Angaben – 60 Teilnehmer von der NPD aus Mönchengladbach und Krefeld sowie der „KAL“ an einem Ehrenmal, um „den gefallenen Söhnen der Heimat zu gedenken“. Mit einer Kranzniederlegung und dem Absingen des Deutschlandliedes wurde diese Veranstaltung beendet.

In Bochum-Wattenscheid wurde das alljährliche „Heldengedenken“ am Denkmal im Volkspark diesmal mit einem Trauer- bzw. Schweigemarsch eingeleitet. Die Aktivisten der „nationalen Opposition“, wie sie sich gerne selber bezeichnen, hielten Reden, rezitierten Gedichte und sangen zum Abschluss gemeinsam das Lied „Wenn alle untreu werden“.

In Münster versammelten sich Anhänger von NPD und des „freien Nationalen Widerstandes“ an einem Ehrenmal und ehrten in Reden und Gedichten „die Verdienste der deutschen Soldaten“, bevor sie zum Abschluss das Lied vom „guten Kameraden“ sangen.

Im Hochsauerlandkreis trafen sich Aktivisten des „Nationalen Widerstandes“ an einem Ehrenmal, um „unter Trommelschlag und im Fackelschein“ den „gefallenen Helden“ zu gedenken.

Alle Veranstaltungen, so die Veranstalter, seien planmäßig und ohne Störungen durch „deutsch-feindliche Kräfte“ durchgeführt worden. *hma ■*

Am Samstag wurde nach dem Treffen angekündigt, künftig werde es vor Spielen regelmäßige Beratungen zwischen Fan-Vereinigungen und Polizei, eine stärkere Kontrolle des Kartenverkaufs und zusätzliche Stadionverbote für negativ aufgefallene Zuschauer geben. Falls es zu weiteren Gewalttaten komme, werde ein Verein wie der PSG zukünftig auch Spiele ohne Zuschauer absolvieren müssen, kündigte der Innenminister an.

Der PSG-Vorsitzende Alain Cayzac erklärte sich am Samstag Nachmittag „einverstanden“ mit den Forderungen des Ministers und gab zugleich an, sein Verein sei „bedroht“.

Heftige Erregung und Kritik bei mehreren Antirassismus- und Menschenrechtsgruppen rief eine offizielle Stellungnahme des PSG vom Freitag hervor. Darin drückt die Vereinsspitze „ihr tiefes Mitleid für die Familie des verstorbenen Fans“ aus, aber erwähnt die voraus-

gegangene Gewalt, den Rassismus und Antisemitismus des Lynchmobs mit keinem Wort.

Ganz so, als ob der zu Tode gekommene Angehörige des Mobs lediglich ein Opfer sei. Die jüdische Studentenunion UEJF rügt deshalb in einer eigenen Erklärung die „Komplicität“ des PSG und begrüßt zugleich „den Mut des Polizeibeamten“ Antoine Granomort.

*Bernhard Schmid, Paris ■*

## „Junge Freiheit“ verleiht Preise

BERLIN. Die rechte Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ verleiht am 3. Dezember ihren diesjährigen – mit 5000 Euro dotierten – „Gerhard-Löwenthal-Preis“ für Nachwuchsjournalisten an den Schriftleiter der „Deutschen Sprachwelt“, Thomas Paulwitz. Der 33-jährige Historiker aus Erlangen, auch Autor in der „Jungen Freiheit“, war Mitautor in dem Sammelband „Nationale Zukunft und Verantwortung“, der 2001 von dem österreichischen Alt-Nazi Otto Scrinzi im Grazer „Aula-Verlag“ herausgegeben wurde. Dessen Geschäftsführer, Herwig Nachtmann, gehörte 1965 zu den Angeklagten im Grazer Südtirol-Terroristenprozess und ist wegen Verbrechens nach dem NS-Wiederbetätigungsgesetz vorbestraft. 2003 wird Paulwitz als Referent auf dem Kongress „Freiheit bewahren – Das Volk erhalten“ der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ angekündigt. Im Jahr 2004 wird er auch als Redner beim extrem rechten „Freundeskreis für Kultur- und Zeitgeschichte“ mit Sitz im österreichischen Waizenkirchen erwartet, bei dem im vergangenen Jahr auch NPD-Chef Udo Voigt eingeladen war. Paulwitz sollte dort über das Thema „Die Muttersprache ist die Seele des Volkes“ sprechen.

Den undotierten „Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis“ für Publizisten erhält die Gründerin des „Institutes für Demoskopie Allenbach“, Elisabeth Noelle-Neumann, für ihr Lebenswerk. Während des Nazi-Regimes gehörte Frau Noelle der Redaktion der NS-Zeitung „Das Reich. Deutsche Wochenzeitung“ an, für die der NS-Propagandaminister Goebbels höchstpersönlich Artikel verfasste.

hma ■

## Nowotny-Ehrung mit Folgen

ÖSTERREICH/WIEN. Mehr als 300 Menschen, so die „Deutsche Nationalzeitung“, nahmen am 12. November an der alljährlichen Gedenkkundgebung für den 1944 verunglückten NS-Jagdflyer Walter Nowotny auf dem Wiener Zentralfriedhof teil. Eingeladen hatte der „Verein zur Pflege des Grabes Walter Nowotny“ um den Professor und Universitätsrat der Medizinischen Universität Wien, Gerhard Pendl. Gekommen waren u.a. der FPÖ-Stadtrat Johann Herzog als Vertreter der Wiener Stadtregierung und der Ritterkreuzträger Max Zastrow als Vertreter der extrem rechten „Kameradschaft Freikorps Bund Oberland“. Zahlreiche Fahnenabordnungen des „Österreichischen Kameradschaftsbundes“ prägten den Rahmen der Veranstaltung, für deren musikalischen Teil eine 20-köpfige Kapelle mit dem Wappen der Stadt Wien sorgte. Der Rede von Universitätsrat Pendl am Grab des

hochdekorierten Nowotny, der mit schon mit 17 Jahren der NSDAP beigetreten war, folgten erste Proteste. Aus den Reihen von SPÖ und „Grünen“ wurde Stimmen laut, die die Abberufung des „untragbar“ gewordenen Pendls von seinem Universitätsamt forderten. Bildungsministerin Ghehr (ÖVP) ließ bereits verlauten, der Forderung Folge leisten zu wollen. Das österreichische Universitätsgesetz sieht eine Abberufung für den Fall einer „schweren Pflichtverletzung“ vor.

hma ■

## Verurteilung wegen des SS-Massakers von Sant'Anna di Stazzema bestätigt

ROM. Bereits am ersten Verhandlungstermin über die Revision im italienischen Sant'Anna-Verfahren wurde gestern das Urteil des Militärgerichts von La Spezia durch das zuständige Militärgericht in Rom bestätigt. Zehn angeklagte ehemalige SS-Angehörige waren am 22. Juni 2005 zu lebenslanger Haft verurteilt worden: schuldig für den Mord an 560 Zivilisten in Sant'Anna di Stazzema am 12. August 1944.

Die fünf Revisionsanträge der Verurteilten Alfred Mathias Concina, Karl Gropler, Georg Rauch, Horst Richter und Gerhard Sommer wurden abgelehnt. Die Anträge von Ludwig Heinrich Sonntag und Alfred Schöneberg waren hinfällig, da beide diese Jahr verstorben sind. Die Verurteilten Werner Bruß, Ludwig Göring und Heinrich Schendel hatten keine Revision eingelegt und waren damit bereits vorher rechtskräftig verurteilt gewesen.

Im August 1944 hatten Angehörige der SS-Panzerdivision „Reichsführer SS“ in der toskanischen Gemeinde Sant'Anna di Stazzema etwa 560 Zivilisten getötet, darunter viele Frauen und Kinder. Nach Berichten von Augenzeugen erschossen die Angehörigen der Einheit ihre hilflosen Opfer mit Maschinengewehren und warfen Handgranaten auf sie. Später seien die Leichen verbrannt worden. Wegen der Abwesenheit der Angeklagten hatten italienische Kommentatoren bereits im vergangenen Jahr von einem „eher symbolischen als streng juristischen Prozess“ gesprochen.

Claudia Buratti vom Verein der Opfer von Sant'Anna beobachtete das Verfahren. Bereits bei ihrem Besuch in Stuttgart Anfang November hatte sie für den Verein der Opfer gefordert, dass endlich auch in Deutschland Anklage durch die zuständige Staatsanwaltschaft Stuttgart erhoben werden müsse. Sie übergab bei ihrem Besuch an Justizminister Ulrich Goll in Stuttgart 2240 von der baden-württembergischen VVN gesammelte Unterschriften für eine zügige Prozessöffnung. Beim anschließenden Gespräch wurde vom Amtschef des Justizministerium Michael Steindorfner betont, dass die Staatsan-

waltschaft intensiv ermittele. Ob es zu einer Anklageerhebung komme, sei aber ungewiss, da Mord nach deutschem Recht nur schwer zu beweisen ist.

Das Urteil von La Spezia blieb bisher in Deutschland folgenlos, da die Verurteilten als Deutsche nicht ausgeliefert werden, noch ihre Haft in Deutschland verbüßen müssen. Im Fall des ehemaligen Kompanieführers Gerhard Sommer aus Hamburg sieht Rechtsanwältin Gabriele Heinecke die Beweislage durch die bisherigen Ermittlungen für eine sofortige Anklageerhebung als hinreichend an. Dass in Deutschland bisher nicht einmal Anklage erhoben wurde, ist für die Opfer von Sant'Anna ein Schlag ins Gesicht. Lars Reissmann, Arbeits-

kreis Sant'Anna; santanna@gmx.net ■

## Neuer Höhepunkt der Naziaktivitäten: NPD-Aufmarsch am 2. Dezember

AUGSBURG. Zusammen mit lokalen und überregionalen Kameradschaften will die NPD am 2. Dezember durch Augsburg marschieren. In den letzten Wochen häuften sich die Aktionen von Neonazis in der Stadt. Die Demonstration der NPD „Gegen kriminelle Tendenzen in der Polizei“ stellt nicht nur eine Provokation und einen Versuch dar, ihre menschenverachtenden Positionen zu verbreiten, sie kann auch als vorläufiger Höhepunkt der sich neu formierenden Rechten in Augsburg betrachtet werden.

Wie kam es dazu? Im Folgenden ein kurzer Rückblick über die Naziaktivitäten in den letzten Wochen: Am Mittwoch, 1. November 2006, versuchten fünf verummte Neonazis die Gedenkveranstaltung der VVN am Westfriedhof zu fotografieren. Anwesende AntifaschistInnen versuchten dies zu unterbinden, dabei kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Mehrere AntifaschistInnen wurden verletzt. (siehe AN 23-2006) Wenige Tage später am Samstag, den 4. November, fand am Martin-Luther-Platz ein Infotisch der DVU statt. Am Abend führten Neonazis in der einschlägig bekannten Gaststätte „Bayrischer Löwe“ in der Ulmer Straße eine Saalveranstaltung durch. Als Gast war der Nazi-Veteran Friedhelm Busse geladen. Im Anschluss spielte der nationale Liedermacher „Flex“. Nach der Veranstaltung griffen 13 Veranstaltungsteilnehmer einen 21-jährigen am Oberhauer Bahnhof an. Der Hintergrund der Tat ist immer noch unklar.

Nach diesem Vorfall schreiben die Rechten in ihren Internetforen von „massiver Polizeigewalt“ und „Misshandlungen“ auf der Wache. Auch auf der Internetseite der NPD ist ein völlig überzogener und hetzender Artikel zu lesen. Die Wut der Neonazis auf die Polizei geht anscheinend so weit, dass sie es für nötig

**München. 68 Jahre nach der Zerstörung der Reichspogromnacht wurde am 9. November im Zentrum der bayerischen Landeshauptstadt einer der größten Synagogenneubauten Europas eröffnet.**

Aus der alten Synagoge in der Reichenbachstraße wurden die Thora-Rollen in einer feierlichen Prozession von Mitgliedern der Israelitischen Kultusgemeinde in das neue Gebäude gebracht und dort in einem Festakt in den Thora-Schrein der neuen Synagoge eingehoben. An dem Festakt nahmen neben der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, auch Bundespräsident Horst Köhler, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) und Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) sowie hochrangige Vertreter des jüdischen Glaubens aus aller Welt, darunter der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman teil.

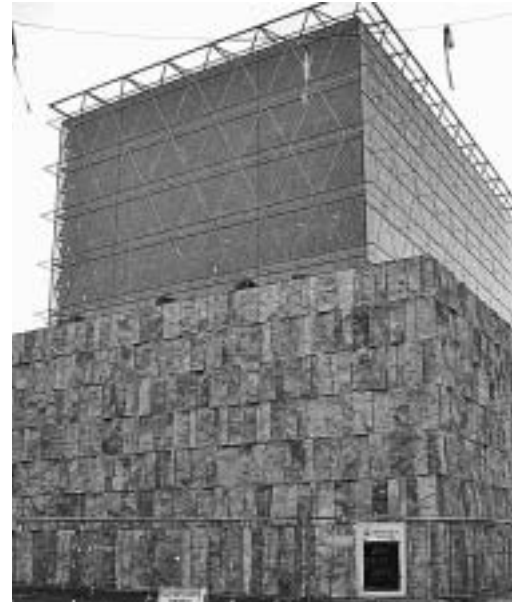
Für die Münchner Polizei galt während der Feierlichkeiten höchste Sicherheitsstufe. 1500 Polizeibeamte hatten Teile der Münchner Innenstadt gesperrt, Scharfschützen waren selbst auf dem Dach der Synagoge postiert. Im Jahr 2003 waren Anschlagpläne der neonazistischen Kameradschaft Süd unter ihrem Führer Martin Wiese auf die Grundsteinlegung des jüdischen Zentrums aufgedeckt und große Mengen Sprengstoff sichergestellt worden. Eine in der Nähe des jüdischen Zentrums angemeldete NPD-Kundgebung blieb verboten, nachdem das Bundesverfassungsgericht am

# Jüdisches Leben zurück im Herzen Münchens

Mittwoch den Antrag des Neonazis Norman Bordin auf Aufhebung des Verbots zurückwies. Verboten wurde auch eine weitere faschistische Mahnwache zum Gedenken an die Toten des Hitlerputsches von 1923.

Zu dem neu erbauten Komplex des jüdischen Zentrums auf dem St. Jakobsplatz gehören ein Gemeindehaus und das jüdische Museum. Beides soll im kommenden Jahr eröffnet werden. Die Synagoge besteht aus zwei aufeinander gestellten Kuben. Der untere fensterlose mit Naturstein verkleidete Block symbolisiert den Jerusalemer Tempel und dient als Sockel eines darauf ruhenden lichtdurchfluteten Glasquaders, der von Davidsternen aus Drahtnetzen durchzogen ist. Die Synagoge erhält den Namen Ohel J'akow und steht damit in der Tradition der während der Reichspogromnacht 1938 von faschistischen Schlägern vollständig zerstörten orthodoxen Synagoge. Als Hauptsynagoge der Münchner Juden diente bis zu ihrem von Hitler persönlich angeordneten Abriss am 9. Juni 1938 übrigens die liberale Synagoge hinter dem Stachus. Seit 1947 versammelten sich die gläubigen Juden in einer ehemals ostjüdischen Hinterhofsynagoge in der Reichenbachstraße. Auch diese Synagoge war während der

Reichspogromnacht angezündet worden, musste aber gelöscht werden, nachdem auch zwei Nachbarhäuser Feuer fingen.



München hat die nach Berlin zweitgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland. Dank zahlreicher Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion gehören der Israelitischen Kultusgemeinde wieder bis zu 10.000 Mitglieder an – so viele wie 1933.

Nick Braun ■

erachten, gegen „Polizeigewalt“ durch Augsburg zu marschieren.

Antifaschistische Gruppen aus Augsburg halten es für absolut notwendig, ein deutliches Zeichen gegen die rechte Offensive in Augsburg zu setzen. Aus diesem Grund findet am Samstag, den 2. Dezember, eine Antifaschistische Demonstration statt. Sie steht unter dem Motto „Let's push things forward! Nazidemo in Augsburg stoppen“. Aktuelle Informationen, der Bündisaufwurf sowie die UnterstützerInnen der Demonstration können unter [www.push-things-forward.tk](http://www.push-things-forward.tk) abgerufen werden. OB Wengert und das „Bündnis für Menschenwürde“ rufen zu einer Kundgebung am 2.12. um 12 Uhr am Elias-Holl-Platz auf. j.c. ■

## NPD-Fraktion um ein Drittel kleiner

DRESDEN. Erst zwölf, dann neun, jetzt acht: Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag schrumpft. In der vorletzten Novemberwoche schied Klaus-Jürgen Menzel aus – ein vorbestrafter Bauer und offensichtlicher Anhänger Hitlers.

Dabei ist der gelernte Landwirt nicht über seine Hitler-Bewunderung gestolpert. In einer Debatte hatte Menzel sich an den aus Österreich stammenden Chef der Linksfraktion, Peter Porsch, gewandt und erklärt, der „andere“ Österreicher werde ihm – wenn er Porsch sehe – „nur noch sympathischer“. Bei seiner Rechtfertigung bestritt Menzel einen Bezug auf Hitler, würdigte ihn aber auf Nachfrage gleich nochmal und sprach ins Mikro des MDR, er stehe nach wie vor zum „Führer“. Rausgeschmissen hat ihn seine Fraktion nun nicht wegen seines Hitlerismus, sondern wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten.

Menzel soll einer 80-jährigen Frau ein vierstelliges Darlehen, das sie ihm gab, nicht zurückgezahlt haben. „Das Vertrauensverhältnis ist zerstört“, teilte die NPD-Fraktion mit. Aber es ging wohl um mehr. Menzel gehört zu der Sorte zutiefst unseriöser Politiker, welche die NPD ansonsten gerne anprangert – wenn sie nicht gerade zur NPD gehören. Menzel hatte sich Anfang der neunziger Jahre eine Stilllegungsprämie für Ackerflächen erschlichen, die ihm gar nicht gehörten.

Er war in eine Schlägerei in Dresden verwickelt. Als Abgeordneter beschäftigte er einen verurteilten Rechtsterroristen. In der NPD hatte er Mitgliederbeiträge nicht weitergeleitet, was ihm die Kameraden sehr übel nahmen. Der Dresdner Landtag hat seine Immunität als Abgeordneter aufgehoben, es laufen Ermittlungen gegen ihn.

Menzel ist Nummer vier von zwölf Abgeordneten der NPD, die im September 2004 mit 9,2 Prozent in den Dresdner Landtag gewählt wurden. Ende vorigen Jahres hatten die Abgeordneten Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön die NPD verlassen. Damals war von „Führerkult“ und Ost-West-Gegensätzen innerhalb der Fraktion die Rede. Noch schwerer als die Abgänge der vier Landtagsabgeordneten dürfte allerdings der Tod des parlamentarischen Geschäftsführers Uwe Leichsenring wiegen. Der Mann aus Königstein in der Sächsischen Schweiz hatte sich am 30. August totgefunden. Der Sachse Leichsenring war eine echte Integrationsfigur in der braunen Szene.

kun – Quelle: FR-online, 23. November 2006 ■

# Nazis greifen Infoveranstaltung des Hamburger Bündnis gegen Rechts und der DGB-Jugend an

Hamburg. Am vergangenen Donnerstag, dem 16.11.2006, griffen ca. 20 Neonazis eine Infoveranstaltung des „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ und der DGB-Jugend im Wandsbeker Bürgerhaus an. Die Angreifer konnten zunächst von engagierten TeilnehmerInnen der Veranstaltung aus dem Vorraum gedrängt und von weiteren gewaltvollen Versuchen, das Gebäude zu betreten, abgehalten werden. Die VeranstalterInnen und deren HelferInnen beriefen sich hierbei auf den Hinweis „Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Organisationen wie NPD, DVU, Rep und der ‚Freien Kameradschaften‘ haben keinen Zutritt zu der Veranstaltung (nach § 6, VersG)“, welchen sie an die Ankündigungen zu dem Vortrag angehängt hatten. Im Vorfeld hatte auch der verantwortliche Einsatzleiter der Polizei versichert, dass es mit diesem Zusatz rechtens sei, Neonazis von der Veranstaltung auszuschließen. In der Hoffnung, dadurch einen störungsfreien und sicheren Abend für alle TeilnehmerInnen zu garantieren, riefen die Verantwortlichen nach den Angriffen der Nazis die Polizei. Zunächst hielten die Beamten die Angreifer auch von dem Gebäude fern, doch nachdem die Veranstaltung etwa zwanzig Minuten ohne Störung verlaufen war, wurde einer der Veranstalter vom Einsatzleiter herausgerufen. Diesen wies der Polizist dann darauf hin, dass er den Rechten Zutritt gewähren müsse, da dies eine öffentliche Veranstaltung sei und der Zusatz angeblich nicht in allen Ankündigungen zu finden gewesen wäre. Dies dementierten die VeranstalterInnen zwar, doch ließ sich der Beamte auf keine Diskussion ein und stellte den Verant-

wortlich nur die „Alternative“, die Veranstaltung sofort abbrechen. Dies taten die Verantwortlichen dann auch, da sie es für unzumutbar und gefährlich für das Publikum, wie auch die Referentin hielten, einen Vortrag über die Strukturen der extremen Rechten durchzuführen, während etwa zwanzig Neonazis im Saal saßen. Während der Verhandlungen zwischen der Polizei und den VeranstalterInnen wurden außerdem vier TeilnehmerInnen der Veranstaltung von der Polizei abgeführt, da sie von einigen der Nazis wegen Körperverletzung angezeigt worden waren und die Polizei deren Darstellung unbesehen glaubte. Den Neonazis wurde von Seiten der Polizei jedoch nichts vorgeworfen, und so war es ihnen möglich, den von der Polizei durchgesetzten Abbruch der Veranstaltung zu beklatschen. Die VeranstalterInnen sowie TeilnehmerInnen des gescheiterten Info-Abends empfanden das Verhalten der Polizei als einen Skandal. Der DGB wehrte sich in zwei Presseerklärungen gegen die Darstellung der Polizei und kündigte rechtliche Schritte an.

Abgesehen davon, dass es mehr als wünschenswert wäre, nicht nur theoretisch die juristische Möglichkeit zu haben, unerwünschte BesucherInnen von Veranstaltungen fernzuhalten, sondern diese auch durchsetzen zu können, steht offenbar die politische Seite der Diskussion noch aus. Die Presseberichte nach dem Vorfall in Wandsbek zeigen, dass es keinesfalls allgemein akzeptiert ist, Neonazis von Veranstaltungen auszuschließen, vor allem dann nicht, wenn diese sich auf ihre demokratischen Rechte berufen und getreu dem Motto „Redet nicht über uns,

sondern mit uns“ sich als Diskussionspartner präsentieren. Dieses Motto ist nur eine verharmlosende Variante der so genannten Wortergreifungsstrategie der Neonazis, in deren Rahmen sie versuchen, bei öffentlichen Veranstaltungen

## Ortsgruppe Hamburg der DGB-Jugend stellt Strafanzeige

Wie die DGB-Jugend jetzt mitteilte, hat sie bei der Hamburger Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Hausfriedensbruch und allen in Frage kommenden Delikten gegen Karl-Heinz Göbel und unbekannt erstattet. Außerdem fordert der DGB „vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse, aber auch der insgesamt verstärkten Aktivität der Neonazis ... den Senat auf, Programme zur Bekämpfung neonazistischer Tendenzen wieder zu beleben und bis 2008 zusätzlich eine Million Euro für politische Bildung bereit zu stellen.“

präsent zu sein, ein Forum für ihre rassistische und menschenverachtende Ideologie gestellt zu bekommen und sich letzten Endes als eine ganz normale, legitime politische Alternative im demokratischen Spektrum zu präsentieren. Eine gute und einfache Methode, dies zu verhindern, ist es, öffentliche Auftritte von Neonazis ganz zu unterbinden, sich auf ihre Argumente gar nicht erst einzulassen und, mal wieder, Faschismus als das zu sehen, was er ist: keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Avanti –  
Projekt undogmatische Linke ■

Mannheim. Über hundert Menschen beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder an der Feierstunde zum entmilitarisierten Volkstrauertag. Die Schirmherrschaft hatte Kulturbürgermeister Dr. Peter Kurz übernommen. Drei Mitglieder des Gemeinderats, Pantelis Nikitopoulos (SPD) sowie Gabriele Thirion-Brenneisen und Wolfgang Raufelder (Grüne im Gemeinderat) legten für die Stadt Mannheim einen Kranz nieder. In ihren Eröffnungsworten warf Karola Pelzer vom DGB die Frage auf, wie rechten Parolen und rechter Gewalt zu begegnen sei. Auf dem Boden der Trauerhalle lag ein Banner mit den Namen von 133 Todesopfern rechter Gewalt.

Über einschlägige regionale Vorkommnisse berichteten Alexander Müller und Heiner Ritter. Die Landespredigerin der Freireligiösen Gemeinde, Ute Janz, machte in ihrer Ansprache zum Thema „Sprache Macht Gewalt“ deutlich, dass der Gewalttat die Sprache der Gewalt vorausgeht und ihr den Weg bahnt. Die Gruppe ArbeiterDenkMal (Bild) umrahmte die Feier musikalisch, u.a. auch am Soldaten-Ehrenmal mit einem französischen Deserteurslied. Der traditionelle Schweigeweg führte dann zur KZ-Gedenkstätte. Hier erinnerte Elke Kammigan-Bentzinger (VVN-BdA) an drei Mannheimer Antifaschisten und machte auf die Aktion „Stolpersteine“ aufmerksam



Abschließend wurde am Gräberfeld der Zivilopfer das Banner mit den Namen von 133 Opfern rechter Gewalt in der BRD niedergelegt. Unter der Fragestellung: „Was können wir tun?“ erläuterte der AK Justiz seine Projekte.

Nachmittags führte wieder der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge seine Gedenkstunde durch, ebenfalls mit städtischer Beteiligung. Der CDU-Oberbürgermeisterkandidat Wellenreuther MdB wies lt. Pressebericht auf die Gefahr des Terrorismus hin und VDK-Kreisvorsitzender Reichardt Mdl (CDU) konnte mit positiver Bezugnahme auf die „wichtigen Aufgabe der Arme“ – gemeint waren die Auslandseinsätze

der Bundeswehr – an die lange militaristische Tradition des Volkstrauertages anknüpfen. Nüchtern bilanziert Susanne Rächle im Mannheimer Morgen: „Unterschiedliche Weltansichten brechen auch am Volkstrauertag an den Mahnmalen auf.“ Dass die „Weltansicht“ aus der Perspektive der Staatsmacht, der Streitkräfte und der Täter nicht unangefochten den Volkstrauertag dominiert – für dieses (bescheidene) Ziel bedarf es mit zunehmender Militarisierung der Gesellschaft auch künftig vereinter Anstrengungen aus der Sicht der Opfer von Krieg, Faschismus und Gewalt.

tht ■

„Bürgerbewegung Pro Deutschland“:

# Bundesweite Ausdehnung im Blick

BONN/KÖLN. Am 18. November hat in Bonn die erste ordentliche Bundesversammlung der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Deutschland“ stattgefunden. Mehr als 200 Teilnehmer – so die Veranstalter – aus NRW, Niedersachsen, Bayern, Berlin und Brandenburg setzten sich u.a. mit der Frage auseinander, „wie über ein kommunalpolitisches Engagement Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland“ genommen werden kann.

Unter der Versammlungsleitung von Prof. Dr. Tilmann Reichelt (Bonn), Bundesschatzmeister der Vereinigung und im vergangenen Jahr Miteinlader zu einer Veranstaltung des extrem rechten „Akademiekreises“, hörten die Teilnehmer zahlreiche Redebeiträge. Neben dem Hauptredner, Dr. Alfred Mechttersheimer von der nationalistischen „Deutschlandbewegung“, der über die „Strategie der Heuschrecken“, der angeblichen Ruinierung der deutschen Wirtschaft durch „internationale Finanzinvestoren“ referierte, sprachen u.a. „Pro Deutschland“-Fraktionsvorsitzender Meinhard Gutowski aus Frankfurt/Oder, Lars Seidensticker aus Hambühren, der Vorsitzende der „Bürgerbewegung pro Köln“, Markus Beisicht, und der Vorsitzende von „Pro Deutschland“, Manfred Rouhs, zugleich Stadtrat von „Pro Köln“. Letzterer, einst Funktionär des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten“, trat in seiner Schlussansprache dafür ein, „in möglichst vielen Städten und Landkreisen mit Petitionen zu Themen, die dem Bürger auf den Nägeln brennen, ins politische Geschehen einzugreifen“ und entsprechende Flugblätter „in möglichst hoher Auflage an die Haushalte“ zu verteilen, heißt es bei „Pro Deutschland“.

Unterdessen hat der Rechtsvertreter der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ und „Pro Köln“-Chef, der Rechtsanwalt Markus Beisicht aus Leverkusen, die Hansestadt Hamburg verklagt. Hatte diese es doch gewagt, in ihrem „Verfassungsschutzbericht“ für das Jahr 2005 „Pro Deutschland“ in einem Nebensatz zu erwähnen. „Pro Deutschland“ sei keineswegs, wie von der Hamburger Behörde behauptet, eine rechte „Sammlungsbewegung“, so Beisicht.

Ein Blick auf die Herkunft der Mitglieder des Gründungsvorstandes von „Pro Deutschland“ wirkt da erhellend. Neben Manfred Rouhs, Herausgeber der extrem rechten Zeitschrift „Nation24.de“ und „Pro Köln“-Stadtrat Bernd Schöppe, ehemals „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ und dem bereits genannten Tilmann Reichelt wurden 2005 in den Vorstand von „Pro Deutschland“ noch Dr.

Friedrich Löffler und Gerda Wittuhn gewählt.

Friedrich Löffler (Wesseling) referierte in der Vergangenheit u.a. bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“, der „Deutschen Studien-Gemeinschaft“ und beim „Arbeitskreis für deutsche Politik“. 2001 sprach er beim „Pressefest“ von Rouhs damaligen Hausblatt „Signal“, 2003 bei „Pro Köln“. Im Jahr 2005 unterzeichnete er den Aufruf „Gegen das Vergessen“ des um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“. Im selben Jahr war er auch Miteinlader zu einer Veranstaltung des extrem rechten „Akademiekreis“. Leserbriefe von Löffler findet man sowohl in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ als auch in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

Gerda Wittuhn aus Hamburg kommt aus dem Umfeld der „Schill-Partei“. 2001 referierte die Kauffrau bei „Pro Köln“ über das Geheimnis des Erfolgs der „Partei Rechtsstaatliche Offensive“. In diesem Jahr war sie Mitunterzeichnerin des „Junge Freiheit“-Appells „für die Pressefreiheit“. Gelegentlich taucht sie in der „Jungen Freiheit“ und im „Ostpreußenblatt“ mit Leserbriefen auf.

Anwesend auf der Gründungsversammlung war z.B. auch die Chemotechnikerin Gigi Romeiser aus dem hessi-

schen Maintal. Sie war Vizepräsidentin des hessischen „Elternvereins“. Texte von ihr findet man z.B. in der Zeitschrift „Stimme des Gewissens“ der Holocaustleugner um das „Collegium Humanum“ in Vlotho. 2001 gab sie aus Protest ihr 1989 verliehenes Bundesverdienstkreuz an den damaligen Bundespräsidenten Rau zurück. Grund war die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Dr. Michel Friedman, dem damaligen Vizepräsidenten des „Zentralrates der Juden in



Manfred Rouhs, Bundesvorsitzender von „Pro Deutschland“ bei der Schlussansprache, Quelle: website von „pro deutschland“

Deutschland“. „Herr Friedman überzieht unser Land mit seiner Abscheu, um nicht zu sagen mit seinem Haß und definiert Deutschland aus 12 Jahren Naziherrschaft“, schrieb sie in ihrer Begründung. Friedmann nehme „die heutigen Generationen“ in „Sippenhaft“. Er schaffe „damit Unfrieden und riskiert neu aufkeimenden Antisemitismus“, so Romeiser in ihrem Text, der vollständig in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ abgedruckt wurde. hma ■

## Kein rechtes Jugendzentrum in Treptow-Köpenick!

Wie schon in den vergangenen drei Jahren werden Rechtsextreme Anfang Dezember 2006 versuchen, durch Treptow-Köpenick zu marschieren, in diesem Jahr wollen sie in Neukölln enden. Unter dem harmlos anmutenden Motto „Jugend braucht wieder Perspektiven“ wollen sie ihrer Forderung nach einem eigenen – rechtsextremen – Jugendzentrum im Süd-Osten Berlins in der Öffentlichkeit Nachdruck verleihen. Diese kampagnenartige Demonstration der Berliner rechtsextremen Szene und der Einzug der NPD in die BVVen Treptow-Köpenicks und Neuköllns zeigen, dass die rechtsextreme Infrastruktur im Süd-Osten Berlins weiter ausgebaut werden soll.

Erfreulicherweise steht diesen Bestrebungen eine breite demokratische Öffentlichkeit im Bezirk gegenüber: Seit Jahren thematisieren Bürger/innen und Kommunalpolitiker/innen die rechtsextremen Verankerungsversuche im Bezirk. Sie wollen den Süd-Osten Berlins den Rechtsextremen weder im Alltag noch an Aufmarschtage überlassen. Aufgrund der breiten Mobilisierung zu Gegenveranstaltungen zum zu erwartenden rechtsextremen Aufmarsch am ersten Dezember-Wochenende sahen sich deren Organisatoren erstmals gezwungen, ihren traditionellen Aufmarschtermin aufzugeben. Die Rechtsextremen mussten auf das zweite Dezember-Wochenende ausweichen – ein Achtungserfolg für die Zivilgesellschaft! Aber auch am 9. Dezember werden die Demokrat/innen in Treptow-Köpenick und Neukölln die Hände nicht in den Schoß legen. Sie werden den Rechtsextremen das deutliche Signal senden: Den Feinden der Demokratie wird hier keine Plattform gelassen! Besetzen wir den öffentlichen Raum und zeigen so, dass im Südosten Berlins kein Platz für Rechtsextreme ist.

**Treffpunkt: Sonnabend, 9. Dezember 2006 um 10.30 Uhr,  
Kreuzung Sterndamm / Ecke Groß-Berliner Damm**

Aktuelle Informationen unter: <http://www.treptow-koepenick.de/>  
sowie unter [www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)

# Gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien im Europaparlament angekündigt

Am 1. Januar 2007 ziehen nun auch die Vertreter Rumäniens und Bulgariens als voll gleichberechtigte Abgeordnete in das Europäische Parlament (EP) ein. Unter ihnen sind auch relativ starke rechtsextreme Fraktionen, vor allem nach dem jüngsten Wahltriumph der ultranationalistischen Partei Atakia in Bulgarien. Die bisher im EP sitzenden rechtsextremen Parteien wollen nicht nur die Radaunationalisten, deren Kandidat Volen Siderov im Oktober rund 22 Prozent erhielt und laut einer öffentlichen Erklärung die Roma „zu Seife verarbeiten“ möchte, und die Großrumänienpartei (PRM) zu den Ihren zählen. Sie wollen ihre Integration nutzen, um einen neuen gemeinsamen Club zu lancieren, die „Koordination der europäischen Rechten“.

## Die Vorgeschichte...?

Die Nationalisten und der Internationalismus, das ist so eine Sache. Ein schwieriges Verhältnis, und zwar schon immer: Auf der einen Seite schockiert eine Vorstellung von internationaler Solidarität und von universellen Prinzipien, die die ganze Menschheit betreffen, die rechtsextremen Nationalisten, Rassisten und Antisemiten auf der ideologischen Ebene. Auf der anderen Seite sehen sie sich veranlasst, sich in irgendeiner Form länderübergreifend zusammenzuschließen, um ihren Ideologien Wirkungsmächti-

keit zu verleihen. Joseph Goebbels hatte 1934 sogar versucht, eine „Internationale der Nationalisten“ zu lancieren. Im November desselben Jahres richtete er einen „Appell an die schaffenden Menschen der anderen Völker“. Aber wie der französisch-schweizerische Forscher Philippe Burrin, der über den Protofaschismus im Frankreich der 30er Jahre schrieb, konstatiert, scheiterte die Initiative. Im Gegensatz zu Mussoloni's Italien, das sich als das „neue Rom“ betrachtete und einen gewissen Universalitätsanspruch für sein „Modell“ erhoben habe, hätten der Nationalismus und der Rassismus in den Institutionen NS-Deutschlands solche Ambitionen frühzeitig durchkreuzt. Man wollte vielleicht

Bündnispartner niedrigeren Ranges haben, aber keinesfalls in identischer Form nachgeahmt werden, da dies den eigenen Führungsanspruch untergraben habe. Daher bremste die deutsche Botschaft auch den französischen glühenden Faschisten Jacques Doriot aus, dem der Marschall Pétain zu schlapp war und der massiv Franzosen an die Ostfront mobilisieren wollte – der aber auch einen Status für Frankreich als gleichberechtigte kriegführende Macht neben Deutschland beanspruchte.

## Vereinigungsversuche auf europäischer Ebene

In neuerer Zeit und mit dem Zusammenschluss vieler europäischer Länder zur



## 12. Antifaschistisches Jugendtreffen der VVN-BdA

„Der Utopie dicht auf den Fersen – Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung! Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus stoppen!“

Das Jugendtreffen findet statt am 13.1.2007 um 14 Uhr im STATTHAUS BÖCKLERPARK, Prinzenstr. 1, Berlin-Kreuzberg.

„... eine Jugend, die sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu stellen vermag; eine Jugend, die diese Tradition aufnimmt und auf ihre eigene Art und Weise weiterführt.“

(aus dem Appell an die Jugend von Esther Bejarano und Peter Gingold)

Nach der Eröffnung mit einem Filmbeitrag zum Leben und Wirken von Peter Gingold (verstorben am 29.10.2006) wird es verschiedene Arbeitsgruppen rund um das Thema mit namhaften und kompetenten ReferentInnen geben, in denen sich die jugendlichen und junggebliebenen TeilnehmerInnen einbringen können:

1) Entweder man lebt, was man meint – oder man lässt es bleiben! Politische Kommunen/Lebensgemeinschaften stellen sich vor und zur Diskussion

mit Bärbel Dachtler, Ufa-Fabrik Berlin, Anja Deckenbach, Kommune Feuerland/Brüssow u.a. Moderation: Claus-Diego Redondo, VVN-BdA Ba-Wü, Kommune Mühle/Renchen

2) We don't want the cake - we want the hole fucking bakery! Ist selbstbestimmtes Leben und Arbeiten überhaupt möglich?

mit Björn Blach, Bundesvorstand SDAJ, Moderation: Heinz Weinhausen SSK Köln, Redaktion Contraste (angefragt)

3) Es gibt ein Leben vor dem Tod - Arbeiterinnen und Arbeiter übernehmen „ihre“ Fabrik. Am Beispiel der Uhrenfabrik Lipp in Besancon/Frankreich 1973 und Süßmuth-Glas in der BRD

mit Markus Plagmann, IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen

4) Freiheit für Mumia Abu-Jamal, Ehrenmitglied der VVN-BdA und alle politischen Gefangenen – Weg mit der Todesstrafe!

mit Prof. Dr. Heinrich Fink, Vorsitzender VVN-BdA, Robert Brian (USA), Anwalt von Mumia Abu-Jamal, Jürgen Heiser, Atlantik-Verlag/IVK Bremen, u.a. Moderation: Regina Girod, Redaktion Antifa

## Podiumsdiskussion:

„Strategien gegen Rechts – Zukunftsentwurf Antifaschismus“

mit Werner Pfennig, Vorsitzender VVN-BdA, Hendrik Paul, Antifa Bitterfeld, Michael Grüß, Bundesvorsitzender SDAJ, Esther Broß, Bundesausschuss VVN-BdA/Jugend, Anja Deckenbach, Kommune Feuerland, Angelo Lucifero, ver.di (angefragt). Moderation: Markus Plagmann, IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen

**Abendprogramm ab 20.00 Uhr mit angesagten Bands, Eintritt: inkl. Abendveranstaltung 5 Euro, im Rahmenprogramm / Ausstellungen:** • Der zweite Sonntag im September - Zur Geschichte des Tages der Opfer des Faschismus, Berliner VVN-BdA • 60 Jahre VVN / Plakate, Gerd Deumlich, Marxistische Blätter

...und für alle, die schon freitags in Berlin sind: Ab 15.00 Uhr Antifaschistischer Stadtrundgang mit Jörg Pauly, VVN-BdA Friedrichshain

Kontakt: Bundesbüro der VVN-BdA Aktive Beteiligung am 12. Antifaschistischen Jugendtreffen ist ausdrücklich erwünscht!



Gemeinschaft und späteren Union ist die Frage erneut aufgeworfen. Die heutigen rechtsextremen Parteien sind denn auch in ihrer Haltung zur EU gespalten. Das supranationale Organisationsprinzip und den Souveränitätsverlust der Nationalstaaten lehnen sie ab. Aber zugleich fragen sie sich, ob nicht ein europäischer Zusammenschluss für die „Selbstbehauptung“ des Kontinents nötig sei. Insofern akzeptieren sie das Grundprinzip der EU doch, wobei sie gleichzeitig ihre Umorientierung fordern, um sie auf „souverän bleibenden Nationalstaaten“ fußen zu lassen.

Zum ersten Mal versuchten die rechtsextremen Parteien sich auf der Ebene der damaligen EG zusammenzutun, nachdem im Juni 1989 das Europaparlament neu gewählt worden war. Neben dem französischen Front National (FN), der schon seit 1984 dort saß, waren auch die deutschen Republikaner (REPs) und die italienische neofaschistische MSI dort eingezogen. Die drei Parteien gründeten, zusammen mit einem griechischen Obristenfan, eine gemeinsame Fraktion. Doch nach wenigen Monaten herrschte ein Hauen und Stechen. Die REPs unter Franz Schönhuber beharrten auf dem deutschen Charakter Südtirols, die MSI-Vertreter auf dem italienischen des Alto Adige. Die Franzosen schlugen sich auf die Seite der Ersteren, da die Italiener sich damals noch kaum für das „Immigrationsproblem“ interessierten – der MSI war besonders in Süditalien stark, und dort gab es damals noch kaum Einwanderer. 1994 flogen die REPs dann bei der Neuwahl des Parlaments in Strasbourg vor die Tür.

Auf dem FN-Kongress in Strasbourg 1997 startete Le Pen eine neue Initiative, einen transnationalen Club unter dem Namen EuroNat, was für „Europa der Nationalisten“ steht. Dieses Mal reichte die Initiative über den Rahmen der EU hinaus, denn es waren auch osteuropäische Nationalisten beteiligt. Etwa die jetzt in Bratislava mitregierende slowakische Nationalistenpartei SNS, die ungarische MIEP des berühmten antisemitischen Schriftstellers Istvan Csurka, die „Großrumänienpartei“ (PRM) sowie kroatische und serbische Nationalisten. Wie das alles zusammen ging, wo doch zugleich Nationalitätenkonflikte zwischen ihren jeweiligen Ländern bestanden? Ganz einfach, Le Pen dekretierte, dass „bei unseren Familientreffen am Tisch über Politik gesprochen wird, während die Familienangelegenheit draußen vor der Tür geregelt werden.“

Infolge der Abnahme von Aktivitäten der Kader, nach der Spaltung des FN 1998/99, wurde es um diese internationalen Bemühungen dann allerdings auch erst einmal wieder still.

Jetzt hat, allem Anschein nach, die Stunde für einen neuen Zusammen-

schluss im Namen des „Europas der Vaterländer“ geschlagen.

### Internationale Gäste bei Le Pen

Beim ‚Präsidentschaftskonvent‘ von Jean-Marie Le Pen am 10./11./12. November 2006 (vgl. vorige Ausgabe der AN): In der Nähe des Ausgangs treffe ich auf drei jüngere Kader der deutschen NPD, die gerade mit ihrem abgebauten Stand und ihrem „Infomaterial“ unter dem Arm die Halle verlassen. Vorher hatte ich ihren Stand gar nicht erblicken können, da sie etwas abseits standen: Nicht beim riesigen Stand der „Koordination der europäischen Rechten“, sondern an einem improvisierten Stand unter einem einfachen Sonnenschirm. Die drei Krawattenträger befinden sich gerade im angeregten Gespräch mit einem (sprachlich sofort als solchem zu identifizierenden) Österreicher, der offenkundig zu der größeren Delegation gehört, welche die FPÖ mitgebracht hat. Zumindest einer der NPD'ler und der Österreicher können auch gut Französisch, wie sich herausstellt. Die drei NPD-Kader ziehen scheinbar frustriert von dannen, während der Österreicher zwei französisch sprechenden Begleitern erklärt: „Die hatten kein Akkreditierungspapier dabei, deswegen hat man ihnen keinen guten Platz gegeben.“ Anscheinend hatte die deutsche NPD sich im Vorfeld nicht genügend um ihre Präsenz bei der Le Pen-Show gekümmert, da sie an demselben Wochenende ihren Bundesparteitag in Berlin abhielt.

Dabei hatte die Partei sich sogar doch ein bisschen Mühe gegeben und Propagandamaterial mitgebracht, das auf die Riots in den französischen Banlieues von 2005 Bezug nimmt: Links sieht man eine im Bau befindliche Moschee, rechts brennende Autos in einer Banlieue, und das Ganze soll die Präsenz von zu vielen „Muslimen und Fremdländischen“ illustrieren.

Allerdings hatten sie nur Material auf Deutsch, wie überhaupt alle vertretenen Parteien stets nur muttersprachliches Propagandamaterial zu bieten hatten. Nicht viele FN-Anhänger dürften so die ebenfalls verteilte österreichische „Zur Zeit“ und die Schriften des einzigen FPÖ-Abgeordneten im Europaparlament Andreas Mölzer, der persönlich zugegen war, lesen können. Auch Flämisch können vielleicht nicht allzu viele Franzosen, wohingegen der belgisch-separatistische Vlaams Belang natürlich keinerlei Lust hat, sein Propagandamaterial auf Französisch zu drucken... Dies belegt vielleicht die Grenzen des Internationalismus der Nationalisten.

Die meisten internationalen Delegationen finden sich unter dem Dach der „Koordination der europäischen Rechten“, die von dem FN-Europaparlamentarier Carl Lang (selbst ein Angehöriger

des neuheidnischen Flügels und ausgewiesener Sozialdemagoge) angeleitet wird. Auf dieser Ebene tut sich anscheinend gewaltig etwas, denn mit viel Aufwand wird nicht nur die Präsenz der internationalen Delegationen unterstrichen, sondern auch der in Bälde ins Haus stehende Vereinigungsversuch im Europäischen Parlament herausgestellt.

An jenem Wochenende (11. und 12. November) waren sie denn auch aus mehreren Ländern beim Spektakel des FN in Le Bourget vertreten: die Franco-Anhänger der Alternativa Espanola, die österreichische FPÖ, der Vlaams Belang aus Belgien, die British National Party (BNP) und aus Italien die Fiamma Tricolore – eine Mussolini-nostalgische Abspaltung von den offiziellen Postfaschisten des Gianfranco Fini. Aber auch rumänische und bulgarische Ultranationalisten oder eine Delegation serbischer Parlamentsabgeordneter der Serbischen Radikalen Partei (SRS). Bruno Gollnisch klagte auf der Bühne bitterlich an, dass deren letzterer langjähriger Chef, Vojislav Seselj, seit nunmehr vier Jahren in Den Haag hinter Gittern sitzt. Aufgrund von Verbrechen, an denen seine Partei im jugoslawischen Bürgerkrieg beteiligt war. Im Laufe der neunziger Jahre war es aber innerhalb des FN noch umstritten gewesen, ob man Partei zugunsten des katholischen Kroatien und „gegen den Serbolschewismus“ (so der katholisch-fundamentalistische Parteiflügel) oder, umgekehrt, „für Serbien als Hort des Widerstands gegen die Neue Weltordnung“ (so u.a. die Nationalrevolutionäre) ergreifen sollte.

Bernhard Schmid, Paris ■

www.uni-kassel.de/fb5/frieden/

**Ignorieren?  
Intervenieren?  
Sich engagieren!**

13. bundesweiter und internationaler  
**Friedensratschlag 2006**  
in Kassel  
Samstag/Sonntag, 2./3. Dezember 2006



**Einladung und Programm**  
zum 13. Friedenspolitischen Ratschlag  
Sa/So, 2./3. Dez. 2006, Uni Kassel  
Standort: Wilhelmshöher Allee 73

**Friedens-Strategien  
in einer unfriedlichen Welt**

BERLIN. Die NPD steht keineswegs vor dem finanziellen Aus – auch wenn Parteichef Udo Voigt auf dem Bundesparteitag am Wochenende in Berlin von Geldproblemen sprach. Erst vor wenigen Tagen war bekannt geworden, dass der Bundestag wegen falscher Rechenschaftsberichte des NPD-Landesverbandes Thüringen für die Jahre 1998 und 1999 rund 870.000 Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung zurückfordert. Die stille Hoffnung, das Thema NPD werde sich von selbst erledigen und ein Verbotsantrag sei daher nicht nötig, ist allerdings verfrüht. Staatliche Zuwendungen werden weiterfließen, denn die NPD wird auch künftig an der Parteienfinanzierung teilhaben. Alleine zwischen 2002 und 2005 konnte sie auf diesem Wege 2,5 Millionen Euro auf ihren Konten verbuchen. Und im laufenden Jahr kann sie mit mehr als 1,3 Millionen Euro rechnen. Den nächsten Abschlag in Höhe von 277.000 Euro will der Bundestag aber nur dann zahlen, wenn die NPD eine Sicherheitsleistung beibringt, etwa in Form einer Grundschuldübertragung.

Im Notfall steht der Münchner Verleger und Vorsitzende der DVU Gerhard Frey im Hintergrund. Nach seinen eigenen An-

# Meldungen über finanziellen Ruin der NPD verfrüht

gaben hat er schon 1989, als die „DVU – Liste D“ mit Unterstützung der NPD für das Europäische Parlament kandidierte, umgerechnet 9,2 Millionen Euro in Wahlkampfaktionen gesteckt. Der „Deutschland-Pakt“ von NPD und DVU könnte vor dem Hintergrund der finanziellen Probleme der NPD neue Bedeutung gewinnen.

Voigt kündigte auf dem Parteitag an, man „müsse den Gürtel enger schnallen“. Auch NPD-Sprecher Klaus Beier erklärte, man werde einige für 2007 geplante Vorhaben auf den Prüfstand stellen. Einstellungen von hauptamtlichen Mitarbeitern könnten zurückgestellt werden. Ferner sei nicht mehr sicher, ob die Erweiterung der Bundeszentrale im Berliner Bezirk Köpenick möglich sei. Es werde sogar überlegt, diese Immobilie zu beleihen. Laut Schatzmeister Erwin Kemna hat das Grundstück einen Wert von knapp 560.000 Euro, was Experten allerdings für übertrieben halten. Andere Immobilien der Partei werden auf einen Gesamtwert von etwa 200.000 Euro geschätzt.

Dem stehen laut Rechenschaftsbericht 2004 Darlehensbelastungen in Höhe von 715000 Euro und „sonstige Verbindlichkeiten“ von rund 290.000 Euro gegenüber.

Wegen der Vorfinanzierung von Wahlkämpfen hat die NPD zur Zeit kein nennenswertes Barvermögen. Im letzten veröffentlichten Rechenschaftsbericht für das Jahr 2004 werden zwar Einnahmen von mehr als zwei Millionen Euro ausgewiesen, darunter Spenden in Höhe von 826.000 Euro. Als große Ausgabenbrocken erscheinen Wahlkampfaufwendungen (792.000 Euro), Ausgaben für allgemeine politische Arbeit (573.000 Euro) und für den laufenden Geschäftsbetrieb (547.000 Euro). Insgesamt gab es im Jahre 2004 bei der NPD ein Minus von rund 164.000 Euro. Das Reinvermögen der braunen Partei betrug in diesem Jahr rund 364.000 Euro.

*Ulla Jelpke  
zuerst erschienen in junge Welt vom  
17.11.2006 ■*

## Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Militärtagung am 9./10. Februar 2007 in München: Stoppt Folter und Kriegsterror – Für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit!

Die jedes Jahr stattfindende sogenannte „Münchner Sicherheitskonferenz“ ist entgegen der Propaganda der Veranstalter eine hochkarätige Kriegstagung. Im Münchner Nobelhotel „Bayerischer Hof“ geht es nicht um internationale Sicherheit: Die Konferenz dient ausschließlich der Vorbereitung und Propagierung weltweiter Kriegseinsätze der NATO-Staaten. Versammelt sind Außen- und „Verteidigungs“-Minister, sogenannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der weltweit größten Rüstungskonzerne. Sie koordinieren Militärstrategien, sprechen weltweite Interventionspläne ab und schmieden Koalitionen:

1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der „Krieg gegen den Terror“, der sich zu einem permanenten Krieg gegen den Rest der Welt ausgeweitet hat, 2003 der Angriffskrieg gegen den Irak und in den folgenden Jahren ging es um die Absicherung der völkerrechtswidrigen und brutalen Besatzungsherrschaft im Irak und in Afghanistan. Der Libanonfeldzug der israelischen Armee war für die US-Regierung Teil des Projekts der neokolonialen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens. Die nächste militärische Aggression zielt auf den Iran.

Vier Monate vor dem Gipfel der G8-Staatschefs im Ostseebad Heiligendamm treffen sich in München die Militärstrategen der reichen und mächtigsten Staaten der Welt. Beide Gipfeltreffen verdienen eine gebührende Antwort: Massenhaften Protest und Widerstand. Unsere Proteste richten sich gegen ihre Welt-Neuordnungskriege, gegen ihr System, das sich ausschließlich am Profit orientiert, ein Herrschaftssystem, das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Die Herrschenden der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten erheben den Anspruch auf Kontrolle der weltweiten Öl- und Gasressourcen. Sie setzen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche notfalls auch mit militärischer Gewalt durch. Der „Krieg gegen den Terror“, mit dem auch Folter legitimiert werden soll, dient dafür als Vorwand. Die Folgen dieser Gewaltpolitik sind Verarmung,

Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen weltweit.

In ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die EU-Staaten auf die Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen ebenso wie die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts sowie die Errichtung von „Auffanglagern“ in Nordafrika. Vor den Toren Europas wird tödliche Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten ausgeübt. Die Militarisierung der Außenpolitik, die Verschärfung der „Sicherheits“-Gesetze und der massive Sozialabbau gehen Hand in Hand.

Während der Militäretat erhöht wird, viele Milliarden für neue Waffensysteme und die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr ausgegeben werden, zerstört die Bundesregierung die Sozialsysteme. Damit einher gehen: Abbau der Bürgerrechte, Ausbau der Überwachungs- und Kontrollsysteme, Ausweitung der Polizei- und Geheimdienstbefugnisse bis hin zur Forderung nach Einsatz der Bundeswehr im Innern. Die Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben und bedroht alle gleichermaßen: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschen Pass.

Als breites Bündnis unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen sind wir Teil der weltweiten Widerstandsbewegung gegen soziale Demontage, gegen imperiale Vorherrschaft, gegen Rassismus und Aufrüstung, gegen Folter und Krieg. ... Wir rufen dazu auf: Mischt Euch ein, gestaltet die Demonstration mit kreativen Beiträgen, beteiligt Euch an den Protesten und Gegenveranstaltungen in München!

Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten – Die Kriegsplaner dürfen nicht durchkommen!

Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht! Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jede deutsche Kriegsunterstützung!

**Fr, 9. Februar 2007, 17 Uhr: Protestkundgebung auf dem Marienplatz**

**Sa, 10. Februar 2007, 12 Uhr Großdemonstration vom Marienplatz zum Tagungsort der Kriegsstrategen**

Download: [www.gegen-krieg-und-rassismus.de](http://www.gegen-krieg-und-rassismus.de) Bitte unterzeichnen Sie die Unterstützungserklärung: [GegenKriegEMail@aol.com](mailto:GegenKriegEMail@aol.com) oder

## Innenministerkonferenz:

# Keine tragfähige Lösung

NÜRNBERG. Die Innenministerkonferenz hat die große Unsicherheit für fast 200.000 Menschen nicht beseitigt, denn Schäuble kuschte vor Länderkollegen.

Der sogenannte Kompromiss der Innenministerkonferenz (IMK) vom Freitag zum Bleiberecht für langjährig in der BRD lebende Flüchtlinge hat die Debatte zu diesem Thema noch nicht beendet. Von Seiten der Hilfsorganisationen, der Kirchen und der Opposition im Bundestag gab es auch am Montag heftige Kritik, weil nach der Neuregelung allenfalls 20.000 Personen, also nur ein kleiner Teil der etwa 200.000 Betroffenen, ein sofortiges Bleiberecht erhalten. Voraussetzung hierfür ist ein Arbeitsplatz, den aber kaum jemand aus dem Kreis der Geduldeten vorweisen kann. „Geduldet“ haben bisher in der Regel keine Arbeitserlaubnis erhalten.

Inzwischen merken auch SPD-Innenpolitiker wie Fritz Rudolf Körper, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, dass diese Regelung so nicht akzeptabel ist, obwohl

die Länderinnenminister in Nürnberg bei der IMK zugestimmt haben. Körper hat am Wochenende den Beschluss als bloße „Übergangsregelung“ bezeichnet und angekündigt, dass eine umfassendere gesetzliche Regelung notwendig bleibe.

Es zeigt sich, dass die große Koalition auch in dieser Frage zerstritten und handlungsunfähig ist, denn Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verteidigte prompt den Beschluss der IMK als „vernünftige Lösung“. Tatsächlich aber hat sich Schäuble in Nürnberg nicht durchsetzen können und sich von den Innenministern Bayerns und Niedersachsens, Günther Beckstein (CSU) und Uwe Schünemann (CDU), eine Regelung aufzwingen lassen, die noch restriktiver ist als der Vorschlag, den er zuvor mit Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) ausgehandelt hatte. So oder so sind die Vorstellungen von CDU/CSU und SPD weit von einer humanitären Grundhaltung entfernt. Statt dessen wenden die Koalitionsparteien das »Nützlichkeitsprinzip« an und gewähren nur jenen Geduldeten ein Bleiberecht, die man als Arbeitskräfte brauchen kann.

Die IMK-Regelung ist für viele Geduldete ein leeres Versprechen. Ein Blei-

berecht soll zwar künftig jeder erhalten, der bis zum 30. September 2007 einen Arbeitsplatz gefunden hat. Dazu stellte jedoch die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl fest: „In weiten Teilen Deutschlands ist die Arbeitslosigkeit so hoch, dass Geduldete keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben.“ Deshalb gibt es Verunsicherung, was mit den Betroffenen geschehen wird, die bis zu diesem Stichtag keinen Arbeitsplatz vorweisen können. Nach dem Wortlaut des IMK-Beschlusses droht ihnen dann die „konsequente Abschiebung“.

Andererseits hätte es der Bundestag in der Hand, sich in der Zwischenzeit durch



eine großzügigere gesetzliche Regelung über den Beschluss der IMK hinwegzusetzen.

Schäuble zeigt allerdings wenig Neigung, den Länder-Innenministern den Fehdehandschuh hinzuwerfen, und weist darauf, dass man die Zustimmung des Bundesrats brauche, die jedoch nicht zu erwarten sei.

Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, nannte den IMK-Beschluss am Montag im ZDF-Morgenmagazin eine „sehr tragfähige Lösung“. Allerdings meinte sie auch, es sei „noch ein zweiter Schritt mit einer gesetzlichen Regelung erforderlich“. Unklar ist aber bisher, auf welche Inhalte für ein solches Gesetz sich die Koalition überhaupt verständigen könnte. Die Linke jedenfalls hat für diese Woche eine Sondersitzung des Innenausschusses zur Auswertung der IMK beantragt.

Ulla Jelpke

Zuerst erschienen in: *junge Welt* vom 21.11.2006 ■

**Auszüge aus dem Beschluss der Innenministerkonferenz sind dokumentiert auf Seite 15**

**PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V., Presseerklärung vom 17. November 2006**

## Beschluss der Innenminister völlig unzureichend – Bundestag muss gesetzliche Regelung beschließen

Als „völlig unzureichend und unsozial“ kritisiert Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL, den Beschluss der Innenminister. Nach dem IMK-Beschluss werden weiterhin mehr als 100.000 Menschen dauergeduldet in Deutschland leben. In weiten Teilen Deutschlands sei die Arbeitslosigkeit so hoch, dass Geduldete keine Chance auf einen Arbeitsplatz hätten. Die von der Innenministerkonferenz beschlossenen Kriterien seien äußerst restriktiv und für viele unerfüllbar. Damit haben sich die Hardliner unter den Innenministern gegenüber der Position der Bundesregierung zunächst durchgesetzt.

PRO ASYL erwartet, dass Bundesinnenminister Schäuble und Bundesarbeitsminister Müntefering ihr Versprechen einhalten und nun eine gesetzliche Bleiberechtsregelung auf den Weg bringen. PRO ASYL appelliert an Bundesregierung und Bundestag, sich ihrer Verantwortung zu stellen und die unsägliche und menschenrechtswidrige Praxis der Kettenduldungen zu beenden. Das Zuwanderungsgesetz muss geändert werden, so dass in Zukunft Kettenduldungen abgeschafft werden. Eine einmalige Bleiberechtsregelung löse die Probleme der Vergangenheit, aber auch in Zukunft dürfen keine Dauergeduldeten entstehen.

Deshalb muss der Bundestag gegen den Widerstand der Ministerialbürokratie und der Innenminister das Zuwanderungsgesetz grundlegend verbessern. Positiv an der Entscheidung der Innenminister ist, dass nun immerhin einige tausend Menschen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dies ist ein erstes aber bei weitem nicht ausreichendes Zwischenergebnis der von PRO ASYL initiierten und seit mehreren Jahren laufenden Bleiberechtskampagne.

PRO ASYL fordert die Innenminister auf, umgehend die Ausländerbehörden anzuweisen, die Abschiebung von potenziell Begünstigten zu stoppen, bis die von der Bundesregierung beschlossene bundesgesetzliche Regelung in Kraft tritt. Ein sofortiger Abschiebungsstopp ist das Gebot der Stunde.

In einem eindringlichen Appell wendet sich PRO ASYL an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung mit der Aufforderung, sowohl eine gesetzliche Bleiberechtsregelung als auch einen praktikablen Übergangsweg von der Duldung zur Aufenthaltserlaubnis für in Zukunft Geduldete zu beschließen. →

Eine erste Analyse der Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz (IMK) ergibt, dass sie vielfach nicht greifen wird. Die Regelung enthält mindestens neun Hürden, die von Vielen nicht überwunden werden können. Neben der in der Öffentlichkeit breit diskutierte Frage des Arbeitsmarktzugangs sieht PRO ASYL unter anderem folgende Hürden als Hindernis für das Bleiberecht:

#### **Fehlende Mitwirkung bei der eigenen Abschiebung:**

Ein Großteil der hier lebenden Geduldeten verfügt nicht über Pässe und hat berechnete Befürchtungen, an der eigenen Abschiebung mitzuwirken. Da eine Vielzahl von Flüchtlingen erzwungenermaßen ohne gültige Pässe auf illegalen Wegen nach Deutschland einreist – es gibt kaum legale Zugänge für Flüchtlinge nach Deutschland! – kann bei einer restriktiven Auslegung dieser Regelung nahezu jeder und jedem ein Bleiberecht versagt werden.

#### **Ausreichender Wohnraum:**

12 Quadratmeter Wohnfläche pro Person müssen die Betroffenen vorweisen können. Gerade kinderreiche Familien, die zum Beispiel zwangsweise in Lagern untergebracht sind, können das Kriterium kaum erfüllen.

#### **Sicherung des Lebensunterhalts trotz Erwerbsunfähigkeit:**

Verlangt wird, dass nicht nur gegenwärtig, sondern auch in Zukunft der Lebensunterhalt selbst gesichert wird. Dies soll sogar bei Pflegebedürftigen gelten. Pflegebedürftigkeit ist in unserer Gesellschaft ein Armutrisiko. Auch viele Deutsche sind, wenn sie pflegebedürftig werden, auf öffentliche Leistungen angewiesen. Dies zeigt, wie hart die Bedingungen formuliert sind. Weitere sechs Hürden finden Sie in dem Papier von PRO ASYL, das den Bleiberechtsbeschluss analysiert.

PRO ASYL erwartet von der Bundesregierung:

- die Umsetzung des öffentlich vorgestellten Koalitionskompromisses in einer gesetzlichen Bleiberechtsregelung. Hier muss sichergestellt werden, dass die Betroffenen mindestens eine zweijährige Aufenthaltserlaubnis erhalten, mit der sie sich in Deutschland frei bewegen und einen Arbeitsplatz suchen können.

- Humanitäre Ausnahmeregelungen für Menschen, die integriert sind, aber aus sozialen Gründen nicht in der Lage sind, einer Beschäftigung nachzugehen.

- Eine Änderung des Zuwanderungsgesetzes, so dass in Zukunft Kettenduldungen verhindert werden.

gez. Marei Pelzer,  
Referentin Pro Asyl ■

**Hinweis: Auf unserer Internetseite [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de) finden Sie die vollständige Analyse der Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz.**

## Jetzt Streik im Lager Bramsche

BRAMSCHÉ. Die Auseinandersetzungen um das Niedersächsische Lagersystem gehen weiter - seit gestern bzw. heute ist zusätzlich Fahrt in die Angelegenheit gekommen: 1. Gestern hat der Rat der Stadt Oldenburg einstimmig (!) eine Resolution zu den Protesten im 7 Kilometer von Oldenburg entfernten Ein- und Ausreiselager Blankenburg angenommen (nachdem es dort im Oktober zu einem 4-wöchigen Streik sowie etlichen Aktionen gekommen war). In der Resolution heißt es unter anderem: „Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, die vorgebrachten Kritikpunkte der BewohnerInnen und Bewohner der ZAAB Blankenburg ernsthaft und intensiv zu prüfen und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Vor allem die zentrale Unterbringung muss überdacht werden und als Alternative eine dezentrale Unterbringung geprüft werden. Auch das bürokratische Wertgutscheinsystem sollte abgeschafft werden.“ Erstaunlich an diesen Formulierungen ist insbesondere, dass sie selbst von der CDU unterstützt werden, stellt sich diese doch hierdurch ausdrücklich gegen die Landes-CDU und damit den als Hardliner einschlägig bekannten Innenminister Schünemann.

2. Mindestens genauso wichtig wie dieser (symbolische) Teilerfolg in der regionalen Politik dürfte aber auch die Tatsache sein, dass die Flüchtlinge im Abschiebelager Bramsche seit heute in den unbefristeten Kantinenstreik getreten sind – nachdem es bereits letzte Woche einen ersten Warnstreik gegeben hatte. Spätestens jetzt dürfte deutlich sein, dass es bei den Streiks in Blankenburg und Bramsche um nicht weniger als die (Niedersächsische) Lagerpolitik insgesamt geht! Hier die Presseerklärung zum Streikbeginn in Bramsche:

Bewohner und BewohnerInnen des Flüchtlingslagers (ZAAB) Bramsche-Hesepe treten seit heute (22.11.) einen unbefristeten Boykott des Kantinenessens an. Sie schließen sich damit den Forderungen an, die während des Streiks der Flüchtlinge in der ZAAB Oldenburg erhoben wurden und verweisen darauf, dass Bramsche eine Außenstelle der ZAAB Oldenburg ist. Mit dem Boykott in Bramsche-Hesepe fordern die Flüchtlinge, dass die Außenstelle in die Gespräche, die nach dem Streik in Oldenburg angekündigt wurden, mit einbezogen wird. Zumal sich die Lebensbedingungen in beiden Lagern sehr ähnlich sind.

Für Bramsche kommt hinzu, dass hier auch Kinder leben müssen, wodurch sich die Situation, was die Ernährung durch das Kantinenessen angeht, noch einmal erschwert. Als Eltern fühlen sich die Flüchtlinge dafür verantwortlich, dass ihre Kinder gesund aufwachsen. Das betrifft auch die Schwierigkeiten bei der me-

dizinischen Versorgung. Flüchtlinge haben nicht das Recht auf freie Arztwahl und ärztliche Verordnungen werden häufig von der Sozialstation verweigert.

Zudem weisen die BewohnerInnen darauf hin, dass die schulische Versorgung für die Kinder unbefriedigend ist. Sie klagen immer wieder darüber, daß sie in der lagereigenen Schule nicht richtig lernen können. Bei Krankheit eines Lehrers fällt der Unterricht ganz aus.

Für die Familien ist die Wohnsituation insgesamt schwierig. Fünf- bis sechsköpfige Familien müssen sich einen gemeinsamen Raum teilen. Die Eltern haben keinen Raum für eine Privatsphäre und auch für Jugendliche und Heranwachsende ergeben sich große Probleme, wenn sie keinen getrennten Raum für sich zur Verfügung haben.

Am Mittwoch, den 8. November, wurde in dem Lager ein Warnstreik durchgeführt, um diese Zusammenhänge deutlich zu machen. Mit dem heutigen Tag treten die Flüchtlinge in einen unbefristeten Streik, was bedeutet, dass sie nicht mehr in der Kantine essen werden. Mit diesem Streik soll erreicht werden, dass Gespräche mit den Verantwortlichen über die Lebensbedingungen im Lager stattfinden. Der größte Wunsch der Flüchtlinge ist, in eigenen Wohnungen leben zu können, mit einem Alltag, wie ihn alle Menschen in diesem Land haben. Zumindest aber müssen die Bedingungen in dem Lager verbessert werden. Bereits im März dieses Jahres haben die BewohnerInnen des Lagers einen Brief dem Innenministerium und Vertretern und Vertreterinnen des Landtages überbracht. Es sind dem weder Gespräche oder Taten gefolgt, die die Situation geändert hätten. Forderungen:

- ernsthafte Gespräche, in denen es nicht nur um Rechtfertigungen geht, sondern darum, dass die in dem Lager zwangsuntergebrachten Menschen im Rahmen der Möglichkeiten menschenwürdig leben wollen

- Schließung der Kantine, stattdessen die selbstständige Versorgung mit Lebensmitteln und die Möglichkeit, Essen selbst zuzubereiten

- Schließung der Lagerschule, stattdessen der Besuch aller Kinder von Regelschulen mit entsprechenden sinnvollen Förderprogrammen

- angemessene medizinische Versorgung, was bedeutet: freie Arztwahl, Gewährung von medizinischen Leistungen, die ärztlicherseits verordnet werden.

Spenden können weiterhin auf das Streikkonto in Oldenburg überwiesen werden: Arbeitskreis Dritte Welt e.V., Konto-Nr. 015 131 337, BLZ 280 501 00, LZÖ, Verwendungszweck: Aktionstage

Quelle: Streikinfor Nr. 5 Bramsche - flucht mailing list [flucht@nds-fluerat.org](mailto:flucht@nds-fluerat.org) ■

Die extreme globale Ungleichverteilung materieller und sozialer Ressourcen hat Menschen in Bewegung gesetzt, die selbst die Todesgefahr nicht scheuen, um in einem der reichen Staaten Arbeit und Einkommen zu finden. Diese Staaten reagieren in der Regel mehr mit Repression als mit Integration.

### Zum Begriff des „Illegalen“

Menschen, die ohne staatliche Erlaubnis in die Bundesrepublik einreisen oder in Deutschland ihren Aufenthaltsstatus verloren haben, werden als „Illegale“ bezeichnet. Ihr bloßer Aufenthalt stellt schon einen Rechtsbruch dar. In Frankreich heißen sie „sans papiers“, in Spanien „sin papeles“. In Deutschland hat sich das Synonym „Papierlose“ nicht durchsetzen können. Auch nicht der Vorschlag von Franck Düvell, statt von „illegaler Migration“ von „irregulärer Migration“ zu sprechen, da damit weniger auf Ungesetzlichkeit und Kriminalität verwiesen würde: „Das Konzept „illegale Migration“ wird häufig mit Flüchtlingen und Asylsuchenden gleichgesetzt, beziehungsweise verwechselt. Zudem ist der Begriff hochgradig politisch aufgeladen und ideologisiert und hat eine stigmatisierende Funktion.“ (Frank Düvell)

### Zur Geschichte der irregulären Migration

Im 16. Jahrhundert entstanden die ersten Personalpapiere, um Kontrolle über die Bettler zu gewinnen, zuerst 1527 in der Schweiz, dann 1528 in Spanien. Aber auch anderswo bestimmten Erlasse, dass nur registrierte Arme um Almosen bitten dürfen. Dabei ging es um den Aufenthalt in Städten. Staats- und Landesgrenzen wurden erst Jahrhunderte später bedeutsam, als es um die zwischenstaatliche Koordination der Verteilung und Zuweisung von Armen, Heimatlosen und Vagabunden ging. In Preußen beispielsweise wurden ab 1813 Pässe ausgegeben. Für viele Staaten wurden damals erstmals allgemeine Kriterien der Staatsangehörigkeit entwickelt. Dies geschieht nach dem Ende der napoleonischen Ära und verstärkt in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Aber vor den 1930er Jahren sprach man nicht von „illegaler Migration“, stattdessen war von unerwünschter Migration oder von lästigen AusländerInnen die Rede. Erstmals lässt sich die systematische Verwendung des Begriffs „illegale Migration“ für die jüdische Einwanderung nach Palästina durch die britische Regierung nachweisen. Da bei der Anwerbung von „Gastarbeitern“ seit Dezember 1955 nicht jede/r genommen wurde, gab es gleichzeitig seither auch immer Arbeiterinnen und Arbeiter ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Da Arbeitskräftemangel bestand, wurde dies

# Zur Kriminalisierung der „Illegalen“

von Klaus Jünschke

jedoch nicht problematisiert. In der Bundesrepublik wurde die „illegalen Migration“ erst in den 1970er Jahren, zeitgleich mit Beginn des Anwerbestopps der „Gastarbeitern“, öffentlich thematisiert.

Seit der Verfassungsänderung von 1993, mit der das Grundrecht auf Asyl durch die Drittstaatenregelung praktisch aufgehoben worden ist, spielt in der bundesdeutschen Innenpolitik das Thema der sog. Illegalen eine zunehmende Rolle. 1993 stellte der Bundesgrenzschutz über 50.000 unerlaubt eingereiste Personen fest. In den folgenden Jahren stieg diese Zahl Jahr für Jahr. Trotzdem wurde das in

dere der Gastarbeiter in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts, war dadurch gekennzeichnet, dass in erster Linie Menschen mit einem geringem Bildungsgrad nach Deutschland kamen, die überwiegend einfache Tätigkeiten ausübten.

Viele Migrantinnen und Migranten sind in der Zwischenzeit zu Aufsteigern in unserer Gesellschaft geworden. Andere sind vom Wandel am Arbeitsmarkt betroffen, der mehr und mehr qualifizierte Arbeitskräfte verlangt. Dem muss neben der Integrations- auch die Zuwanderungspolitik gerecht werden: Zuwande-



Foto: Flüchtlinge vor Lampedusa, die von der Cap Anamur gerettet wurden

der politischen Öffentlichkeit nicht thematisiert. Durch die Aktionen von „kein mensch ist illegal“, durch Erklärungen der Kirchen und Wohlfahrtsverbände, durch Proteste von Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl und durch eine wachsende Zahl von Stadt-Studien und anderen Untersuchungen hat sich das inzwischen geändert. Aber die Solidarität mit den „Illegalen“ ist in der Bundesrepublik immer noch so schwach, dass es nicht zu vergleichbar starken Selbstorganisationen der „Papierlosen“ gekommen ist, wie z.B. in Frankreich.

### Die Regierung reagiert...

In der Erklärung der Bundesregierung zum sog. Integrationsgipfel am 14.7.2006 hieß es unmissverständlich unter der Zwischenüberschrift „Zuwanderung der Besten“: „Die Zuwanderung, insbeson-

derung der Besten und jedenfalls derjenigen, die für ihren Unterhalt sorgen können.“

Damit auch wirklich nur „die Besten“ kommen, wird die Abwehr aller anderen immer perfekter organisiert. In der Presseerklärung des Bundesinnenministeriums vom 17. Juli 2006 heißt es: „Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. August Hanning, hat heute in Berlin das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM) vorgestellt. Das GASIM soll auf der Grundlage einer institutionalisierten Kooperation fachliche Kompetenzen aller beteiligten Behörden und Stellen bei der Bekämpfung der illegalen Migration bündeln.“ Staatssekretär Dr. August Hanning: „Die illegale Migration mit ihren Auswirkungen auf die Kriminalitätsslage, den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme

in Deutschland ist eine der gegenwärtig größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Sie muss umfassend und wirkungsvoll verhindert werden. Nur durch eine aufeinander abgestimmte Vorgehensweise aller betroffenen Behörden und Stellen ist dieses Ziel erreichbar.“

### ...selbst wirtschaftlich ignorant

Die politische Ökonomie der irregulären Migration ist ein komplexes Feld voller empirisch nicht bewiesener Annahmen. So ist nicht verifiziert, dass die irreguläre Migration eine den Lohn drückende Funktion habe. Tatsächlich überwiegen die positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft. Der Sozialwissenschaftler Mike Davis betont in einem Interview vom 10.7.2006 in der Süddeutschen Zeitung: „Europa errichtet eine Große Mauer, um Flüchtlinge abzuwehren. Amerika veranstaltet an der Grenze ein politisches Theater, aber jeder weiß, dass deren Hauptvorteil gerade in ihrer Durchlässigkeit liegt. Immigranten, legal oder illegal, bleiben der Motor der amerikanischen Wirtschaft. Und sie sind der Hauptgrund dafür, dass die USA als einzige der reichen Länder eine demographische Dynamik besitzen. Meine größte Angst ist, dass die humanen Errungenschaften der europäischen Sozialdemokratie durch eine irrationale und intolerante Politik gegenüber Immigranten und Muslimen gefährdet wird. Das ‚Bollwerk Europa‘ schützt keine einzigartige Zivilisation oder einen großartigen Lebensstandard. Es ist, im Gegenteil, ein Rezept für den wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang. Es gibt nicht zu viel Migration in der heutigen globalen Wirtschaft, sondern zu wenig.“

### Zahlen und Schätzungen

In fast jeder Veröffentlichung zum Thema „Illegale“ findet man den Satz, dass Experten die Zahl der „Illegalen“ in Deutschland auf rund eine Million schätzen. Manchmal liest man auch, dass es sich um 500.000 bis 1,5 Millionen oder von 100.000 bis ein Million Menschen handelt. Tatsächlich gibt es keine seriösen Angaben. Schließlich wollen die „Illegalen“ auch unerkannt und unerfasst bleiben. Ein aktuelles Beispiel für den problematischen und interessegeleiteten Umgang mit Daten im Bereich der „illegalen Migration“ hat die Fußballweltmeisterschaft geboten. Wie aus dem Nichts war von 40.000 Zwangsprostituierten die Rede, alle Medien haben darüber und von den vorgeblich notwendigen Kontrollen berichtet. Eine willkürliche Zahl, die nie belegt wurde.

### Kriminalität und Kriminalisierung

Entsprechende Vorsicht ist geboten, wenn es um Zahlen und Statistiken im Zusammenhang mit Kriminalität geht. Das Ver-

blüffende gerade hier ist, dass sich selbst in den Statistiken des Bundeskriminalamtes (BKA) keine Zahlen finden lassen, die den Alarmismus der deutschen Regierung belegen. Zu über 90% werden vom BKA den als „illegale“ Tatverdächtige aufgeführten Personen Straftaten gegen das Aufenthaltsgesetz und das Asylverfahrensgesetz vorgeworfen:

Unerlaubte Einreise, Einschleusen, Erschleichen der Aufenthaltserlaubnis durch Scheinehe, missbräuchliche Asylantragsstellung und Straftaten wie die Missachtung der Beschränkung des Aufenthalts im Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde und das Verbot der Erwerbstätigkeit. Das sind alles Delikte, die man – wie z.B. die frühere Strafbarkeit von Homosexualität – entkriminalisieren könnte. Es sind Delikte ohne Opfer. Im Bereich der allgemeinen Straffälligkeit vom einfachen Diebstahl bis hin zu den Tötungsdelikten sind die „Illegalen“ unterrepräsentiert. Sie bemühen sich, wie niemand sonst, nicht aufzufallen.

Wie die Kriminalisierung benutzt wird, um soziale Konflikte in Probleme der Überwachung und Kontrolle zu transformieren, um sie für ganz andere (Herrschafts-) Zwecke zu instrumentalisieren, lässt sich exemplarisch an der Figur des inzwischen zum Monster stilisierten „kriminellen Schleusers“ zeigen.

### „Schleusertum“

„Illegale“ werden vor allem im Bereich der Hausarbeit, der Gastronomie oder auf dem Bau beschäftigt. Die Nachfrage nach billigen und rechtlich schutzlosen Arbeitskräften wird selten zum Thema gemacht. Dagegen wird der Weg und die Hilfe, die die Migranten und Migrantinnen in Anspruch nehmen, um in ihr Zielland zu gelangen, skandalisiert. „Kriminelle Schlepper“ als Verkörperung der Organisierten Kriminalität, die sich an dem Elend der Menschen bereichern und deren Opfer eine ohnmächtige gesichtslose Masse darstellt, die mit falschen Versprechungen zur Reise geködert wurde, bestimmen das Bild. Diese – nicht nur den Strafverfolgungsbehörden eigene – Sicht (auch Hilfsorganisationen bedienen sich teilweise dieser Feindbild-Argumentation) vernachlässigt sowohl die Nachfrage und damit die Subjektseite der „geschleusten“ Personen wie auch die historische Kontextualisierung des „Schleuser“-Begriffs. Dass Personen für ihre irreguläre Migration auf professionelle (oder auch kommerzielle) Fluchthilfe angewiesen sind, wird mit der zunehmenden Schließung der Grenzen immer notwendiger, da nicht die Gründe der Reise obsolet werden, sondern nur der Weg beschwerlicher und gefährlicher. Ob ein Dienstleister dafür in Anspruch genommen wird, hängt dabei stark vom Ausgangsland ab. Je weiter der Weg zum Zielland ist, desto wahrscheinlicher ist es,

dass Hilfe in Anspruch genommen werden muss. Um ein Beispiel zu nennen: 30.000 Dollar kostete Ende der 90er Jahre das Einschleusen eines Chinesen von China in die USA. Die Dienstleistungsanbieter und ihre Geschäftspraktiken sind dabei so vielfältig wie jene in anderen Branchen auch. Mit dem Nachteil, dass die Illegalität der Unternehmung eine juristische Konfliktschlichtung bzw. ein Einklagen einer Leistung nicht zulässt. Die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), die sich für die Verwendung des Begriffs der „kommerziellen Fluchthilfe“ anstelle der „Schleuser“-Terminologie ausspricht, fordert papierlose Migranten als handelnde Subjekte zu sehen – als Menschen, die aufgrund eigener (unterschiedlicher) Motivation den Weg in ein anderes Land suchen, allein, mit kommerzieller Hilfe oder mittels freundschaftlicher Beziehungen. Die im öffentlichen Diskurs ausbleibende historische Kontextualisierung dieser Thematik kann zudem aufzeigen, dass die Bewertung der Fluchthilfe als Straftat eine neuartige Betrachtungsweise ist, die im deutschsprachigen Raum erst seit Ende der 1980er Jahre auftaucht und dann Eingang in die Strafgesetze gefunden hat. Vorher wurde einvernehmlich von Fluchthilfe gesprochen. Migration unter Zuhilfenahme professioneller Hilfe, z.B. zur Überwindung der Grenze der ehemaligen DDR, wurde als legitim angesehen. Selbst das heute kaum vorstellbare gerichtliche Einklagen des Preises für eine Schleusungsleistung war in der Ära des Kalten Krieges möglich.

### Die wahre Mauer einreißen

Solange es in armen Ländern zwingende Gründe gibt, ein Familienmitglied zum Geld verdienen ins Ausland zu schicken und solange in den Metropolen der westlichen Welt eine Nachfrage nach rechtlich schutzlosen und deshalb billigen Arbeitskräften besteht, bleiben Kontroll- und Repressionsmaßnahmen wirkungslos. Zualtererst wäre folglich Öffentlichkeit darüber herzustellen, dass dieses Problem „illegale Migration“ nicht repressiv gelöst werden kann, sondern geradezu die Probleme vermehrt – nicht nur für die MigrantInnen, sondern auch für die Demokratie. Daher muss die Solidarität mit den „Illegalen“ weiter reichen als bis zu den Mauern, die sie von Europa fernhalten sollen: „Die einzig echte Lösung ist, die wahre Mauer einzureißen, nämlich die sozioökonomische: das heißt die Gesellschaft verändern, so dass die Menschen nicht länger verzweifelt versuchen ihrer Welt zu entfliehen.“ (Slavoj Zizek)

*Klaus Jünschke ist Mitarbeiter des Kölner Appells gegen Rassismus e.V. Der Artikel erschien zuerst in der LOTTA NRW. Weitere Veröffentlichungen des Autors finden sich unter [www.klausjuenschke.de](http://www.klausjuenschke.de) ■*

## Bleiberechtsbeschluss der IMK vom 17.11.2006

1. Ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen, die faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, soll auf der Grundlage des § 23 Abs. 1 AufenthG ein Bleiberecht gewährt werden können.

2. Der Aufenthalt von Ausländern, die nach dieser Regelung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, muss konsequent beendet werden. Die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern soll durch geeignete Maßnahmen verbessert werden und praktische Hindernisse der Abschiebung insbesondere von Straftätern sollen soweit möglich beseitigt werden. Die Innenminister und -senatoren sind sich darüber einig, dass den nicht unter die Bleiberechtsregelung fallenden, nicht integrierten Ausreisepflichtigen keinerlei Anreize für den weiteren Verbleib in Deutschland aus der Nutzung der Leistungssysteme gegeben werden dürfen. Daher wird der Bundesgesetzgeber gebeten, entsprechende Veränderungen im Leistungsrecht zu prüfen. Die Innenminister und -senatoren werden im Vollzug der bestehenden Gesetze ermessensleitende Erlasse herausgeben bzw. anregen.

3. Der weitere Aufenthalt von ausländischen Staatsangehörigen kann zugelassen werden, 3.1. - wenn sie mindestens ein minderjähriges Kind haben, das den Kindergarten oder die Schule besucht, und sich am - Tag des IMK-Beschlusses - seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet aufhalten, - in allen anderen Fällen, wenn sie sich am - Tag des IMK-Beschlusses - seit mindestens acht Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet aufhalten und 3.2. 3.2.1. wenn sie in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis stehen (Das Beschäftigungsverhältnis kann aus mehreren Verträgen bestehen. Als Beschäftigungsverhältnis gelten auch die mit dem Ziel der späteren Übernahme in ein Arbeitsverhältnis eingegangenen Berufsausbildungsverhältnisse.) und wenn der Lebensunterhalt der Familie am - Tag des IMK-Beschlusses - durch eigene legale Erwerbstätigkeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen gesichert ist und zu erwarten ist, dass er auch in Zukunft gesichert sein wird. (Unter 3.2.2. sind Ausnahmen festgelegt).

4. Des Weiteren sind die nachfolgenden Voraussetzungen zu erfüllen: 4.1. Die Familie verfügt über ausreichenden Wohnraum. 4.2. Der tatsächliche Schulbesuch aller Kinder im schulpflichtigen Alter wird durch Zeugnisvorlage nachgewiesen. Eine positive Schulabschlussprognose kann verlangt werden. 4.3. Alle einbezogenen Personen verfügen bis zum 30.09.2007 über ausreichende Deutschkenntnisse, d.h. ihre mündlichen Sprachkenntnisse entsprechen der Stufe A 2 des GERR.

Von dieser Voraussetzung wird abgesehen, wenn der Ausländer sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht erfüllen kann.

5. Einbezogen sind auch erwachsene unverheiratete Kinder, sofern sie bei ihrer Einreise minderjährig waren, wenn es gewährleistet erscheint, dass sie sich auf Grund ihrer bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse dauerhaft integrieren werden. Diese jungen Erwachsenen können eine eigene Aufenthaltserlaubnis erhalten, unabhängig davon, ob ihren Eltern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.

6. Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Personen, 6.1. die die Ausländerbehörde vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht haben, 6.2. die behördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung vorsätzlich hinausgezögert oder behindert haben, 6.3. bei denen Ausweisungsgründe nach §§ 53, 54, 55 Abs 1, Abs. 2 Nr. 1 - 5 und 8 AufenthG vorliegen, 6.4. die wegen einer im Bundesgebiet begangenen vorsätzlichen Straftat verurteilt wurden; Geldstrafen von bis zu 50 Tagessätzen (kumulativ) bleiben grundsätzlich außer Betracht. Nicht zum Abschluss führen Geldstrafen bis zu 90 Tagessätzen wegen Straftaten, die nach dem Aufenthaltsgesetz oder dem Asylverfahrensgesetz nur von Ausländern begangen werden können. 6.5. die Bezüge zu Extremismus oder Terrorismus haben. 6.6. Bei Ausschluss eines Familienmitglieds wegen Straftaten erfolgt grundsätzlich der Ausschluss der gesamten Familie. Die Trennung der Kinder von den Eltern ist in Ausnahmefällen möglich, wobei der Rechtsgedanke des § 37 Abs. 1 AufenthG entsprechend herangezogen werden kann und die Betreuung der Kinder im Bundesgebiet gewährleistet sein muss.

7. Ein Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach dieser Regelung kann innerhalb von sechs Monaten ab dem - Tag des IMK-Beschlusses - gestellt werden. Die Aufenthaltserlaubnis wird befristet auf maximal zwei Jahre erteilt. Die Verlängerung erfolgt, sofern die für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Anordnungen der Länder können vorsehen, dass Integrationsgespräche geführt und Integrationsvereinbarungen getroffen werden. Eine Aufenthaltserlaubnis bzw. Duldung kann dabei für einen Zeitraum von sechs Monaten erteilt werden.

8. Rechtsmittel und sonstige auf weiteren Verbleib im Bundesgebiet gerichtete Anträge müssen innerhalb der Antragsfrist zum Abschluss gebracht werden.

### Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.

email: [antifanachrichten@netcologne.de](mailto:antifanachrichten@netcologne.de), Internet: <http://www.antifaschistische-nachrichten.de>

Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach  
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.

Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Im DOD 11/2006 zieht Erika Steinbach ein Resümee zur Ausstellung „Erzwungene Weg“ und bilanziert, dass mit rund 60.000 Besuchern in 80 Tagen die Ausstellung ein großer Erfolg gewesen sei. Kulturstaatsminister Bernd Neumann habe die Ausstellung voll Anerkennung als „einen möglichen Bestandteil“ des von der Bundesregierung geplanten „sichtbaren Zeichens“ in Berlin zum Gedenken an Flucht und Vertreibung bezeichnet.

Steinbach stimmt dem Minister da zu, meint aber: „Die deutsche Siedlungs- und Kulturgeschichte, die komplette Darstellung aller vertriebenen Deutschen und ihre Integration nach dem Krieg gehören ebenso dazu.“

In einem weiteren Artikel zur Ausstellung schreibt Peter Pragal, Steinbach habe angekündigt, dass die Ausstellung jetzt als Wanderausstellung auf Reisen gehen soll, allerdings ohne Exponate. Die Original-Leihgaben waren zum Teil schon während der Ausstellung zurückgegangen. So wurde die Schiffsglocke der Gustloff vorzeitig auf Verlangen der polnischen Regierung, „der die Vertreibungsdokumentation von Beginn an nicht gepasst hat“, zurückgefordert.

Das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin müsse jetzt zügig umgesetzt werden, so Pragal und „selbstverständlich auch in Zusammenarbeit mit den deutschen Heimatvertriebenen,“ wie Steinbach es gefordert habe. Das europäische Netzwerk solle beteiligt werden und ein angemessener Standort gesucht werden. Steinbach wüsste bereits, „welches Gebäude dazu in Frage käme: das Kronprinzenpalais im Zentrum der deutschen Hauptstadt.“

Auf einer Tagung zum Thema „Heimatvertriebene“ am 5. Oktober in Hannover haben sich nach Bericht des DOD auch der niedersächsische Innenminister Schünemann und Ministerpräsident Christian Wulff für das Zentrum gegen Vertreibungen ausgesprochen. Anwesend auf dieser Tagung war auch der Historiker Prof. Dr. Arnulf Baring, der ausführte, durch die Vertreibung sei „unser Volk als Ganzes ärmer geworden“. Das Zentrum sei auch notwendig, um die östlichen Nachbarn einzuladen, gemeinsam über die Vergangenheit zu sprechen und Konsequenzen daraus zu ziehen, „um endlich zu begreifen, dass manche bei dem wichtigen Thema stumm und gehörlos seien“.

Kein Wunder, angesichts der eindeutigen Akzentsetzung auf die deutschen Vertriebenen als Opfergruppe, wobei im Hintergrund offensichtlich immer noch die Forderungen nach Entschädigung mitgedacht werden.

DOD 11-2006 - u.b. ■

### Trauer über Heldentod?

Junge Freiheit Nr. 47/06 vom  
17. November 2006

Den Volkstrauertag nimmt das Blatt zum Anlass, den Heldentod herbeizuwünschen. Michael Paulwitz sinniert über die angebliche „Unfähigkeit zur Volkstrauer um die für das eigene Land gefallenen Soldaten“ und kommt zu dem Schluss: „Soldaten müssen im Ernstfall töten und bereit sein zu sterben. Dafür verdienen sie die Anerkennung, Dankbarkeit, ja Liebe ihres Volkes und seiner Repräsentanten. Ein Land, das seinen Toten diese Achtung verweigert, muss an künftigen Herausforderungen scheitern. Wer nicht trauern kann, darf oder will, ist in seiner Seele nicht gesund.“ Trauer ist ein individueller Prozess – auch die Trauer über den barbarischen Krieg, in dem Millionen Menschen ermordet wurden, die Trauer und die Scham über die Wehrmachtssoldaten, die sich an dieser Barbarei beteiligt haben. Die Wehrmachtssoldaten des zweiten Weltkriegs sind nicht „für das eigene Land“, sondern für die imperialen Vorhaben der Nazis und des großen deutschen Kapitals gestorben. Mit der eingeforderten „Volkstrauer“ knüpft das Blatt nahtlos an der nationalsozialistischen Heldenverehrung an und will sie wieder beleben. Wer nicht mitmachen will, ist dann „in der Seele nicht gesund“ – auch das ist ein bekanntes Argument – das gesunde Deutsche und das ungesunde Fremde.

In Berlin strebt die „Deutsche Gesellschaft e.V.“ die Errichtung eines Nationaldenkmals an, dass an den Mauerfall und den Anschluss der DDR erinnern soll. Auf einer Veranstaltung am 9. November sprachen dafür Lothar de Maizière (CDU), Richard Schröder (SPD). Alfred Grosser sprach sich mit folgenden Argumenten dagegen aus: „Zwar begrüße er es, dass die Deutschen ‚ein freudiges Monument‘ und nicht nur ein Mahnmal planen. Allerdings dürfe man dabei ‚keine gesellschaftliche Gruppe vergessen, die auch um die

Freiheit gekämpft habe‘. Nach seiner Auffassung haben auch ‚viele Kommunisten für die Freiheit in Deutschland gekämpft‘, in dem sie sich dem Nationalsozialismus widersetzen ... Eine vorbehaltlose Zustimmung zu einem nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmal könne er daher nicht geben.“

### Fremdenfeindliche Ablehnung der Bleiberechtsregelung

Junge Freiheit Nr. 48/06 vom  
24. November 2006

Die Beschlüsse der Innenministerkonferenz zur Bleiberechtsregelung nimmt das Blatt zum Anlass, seine Fremdenfeindlichkeit erneut zu demonstrieren.zynisch schreibt Kurt Zach: „Ja, es soll ihm tatsächlich geben: den perfekt integrierten, rundum loyalen, steuerzahlenden, arbeits-, leistungs- und anpassungswilligen Einwanderer, der dummerweise bloß keinen dauerhaften Aufenthaltstitel hat und deshalb zu unser aller Schaden demnächst abgeschoben werden soll ... Mit ihm als unsichtbarer fünfter Kolonne der Einwanderungslobby am Verhandlungstisch haben Koalition und Innenministerkonferenz einen Kompromiss zur Reform des Bleiberechts zusammengebastelt, der nichts löst, aber die Rechtsordnung weiter auflöst.“ Die Rechtsordnung bedroht sieht das Blatt, weil „die Lösung offenkundig nicht am Aufenthaltstatus, sondern an den viel zu weitherzig ausgelegten Abschiebungshindernissen ansetzen“ müsse. Dabei scheut der Autor auch keine groben Verzerrungen: „Jede Bleiberechtsregelung wird also tendenziell eher das Heer der Transferempfänger als das Häuflein der Sozialbeitragszahler vergrößern.“ Noch sind die Sozialbeitragszahler die große Mehrheit gegenüber der Zahl der Empfänger von Transferleistungen.

Eine Auseinandersetzung im Berliner Stadtteil Wrangel nimmt das Blatt zum

Anlass, „Gewalt und Rechtslosigkeit“ in deutschen Großstädten auszumachen. In Berlin gebe es „rechtsfreie Räume“, in denen Zustände ähnlich wie in den Pariser Banlieus herrschten. Das Blatt betrachtet nicht die „national befreiten Zonen“, in denen sich Menschen nicht mehr sicher bewegen können, die von den Nazis als Migrant eingestuft werden, sondern Stadtviertel mit einer Bevölkerung, die überwiegend Migrationshintergrund hat und unter der – so das Blatt – ein „dem Mitteleuropäer völlig unbekannter Tribalismus“ herrsche. „Hier wirkt ganz offensichtlich eine gruppenbezogene kulturelle Prägung, die in Deutschland über die Jahrhunderte durch das Entstehen staatlicher Institutionen und einer bürgerlichen Gesellschaft ausgestorben ist.“ Barbaren in der Zivilisation? Das Blatt verschweigt die Barbarei, die im letzten Jahrhundert von Deutschland ausging. **uld ■**

### Suchet, so werdet ihr finden!

Nationalzeitung Nr. 47 v. 17.11.2006  
In einem Kommentar moniert Bruno Wetzel die derzeitige Diskussion um Rückgabe von Kunstwerken, die in der NS-Zeit beschlagnahmt wurden und nun den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben werden sollen. „Suchet, so werdet ihr finden!“ titelt Wetze. „Heerscharen von Anwälten aus aller Welt, die erstaunlich viele noch lebende Holocaust-Opfer vertreten“, entwickelten immer neue Forderungskataloge. „Meist haben Wiedergutmachungsansprüche einen propagandistischen Vorlauf“, so Wetzel. Bahnchef Mehdorn wehre sich gegen eine Holocaust-Ausstellung auf deutschen Bahnhöfen. „Vielleicht deshalb, weil im nächsten Schritt finanzielle Forderungen an die Bahn folgen könnten.“ mutmaßt Wetzel, und verweist auf schon geleistete „gigantisch hohe deutsche Wiedergutmachungszahlungen“.

Die vielen Opfer, die bis heute um Entschädigung streiten, sehen das mit Sicherheit anders. **u.b. ■**

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

**Einzugsermächtigung:** Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Konto-Nr. / BLZ \_\_\_\_\_ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de  
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Erscheinungsweise:  
14-täglich

### Spendenaufruf: 2000 Euro bis Jahresende für die Antifaschistischen Nachrichten

Inzwischen sind weitere Spenden  
eingetroffen. Bis zum 24. November  
2006 waren es

**691,10 Euro**

**Vielen Dank allen Spenderinnen  
und Spendern!**  
Spendenkonto: GNN-Verlag  
Postbank Köln, BLZ 370 100 50  
Kto. 10419507  
Stichwort: Spende Antifa-Nachrichten